

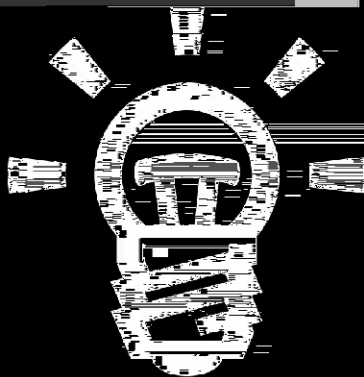
Domenico Losurdo / Erwin Marquit

Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung



MARXISTISCHE BLÄTTER

FLUGSCHRIFTEN 20



Die Zeitschrift

Neue Impulse

Am Denken.

MARXISTISCHE BLÄTTER

★ Kontroversen

Analysen ★ Hintergrund ★ Kommentare

Kostenlos.

Alle 2 Monate • 112 Seiten

40,50 € / Jahr, ermäßigt 25,- €. **Probeheft kostenlos.**

427 Essen

Neue Impulse Verlag • Hoffnungstraße 18 • 451

Telefon: 02 01 - 2 48 64 82 • Fax: 02 01 - 2 48 64 84

NeueImpulse@aol.com

Domenico Losurdo / Erwin Marquit

**Zur Geschichte
der kommunistischen
Bewegung**

Neue Impulse Verlag

«Allzuoft haderten wir mit unserer Vergangenheit, als dass wir uns gründlich mit ihr befasst hätten ... Der Weg führte über Neuland; Menschen stürzten in Abgründe, glitten aus, klammerten sich an totes Dornengestrüpp. Vergesslichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung: Mit Erinnerungen ließ sich nicht weitergehen ... Die einen erinnern sich nicht mehr an das Vergangene, die anderen wollen nichts davon wissen. Alle blicken nach vorn, und das ist gut so; aber nicht zufällig zählte zu den Göttern der alten Römer auch ein Janus. Janus hatte zwei Gesichter; nicht weil er zwiegesichtig war; wie man häufig hört, nein, er war weise: Das eine Gesicht war der Vergangenheit zugekehrt, das andere der Zukunft.»

Ilja Ehrenburg
(Menschen, Jahre, Leben, Band 1, Berlin 1978, S.7 f.)

© für diese Ausgabe Neue Impulse Verlag GmbH, 45127 Essen, Hoffnungstraße 18
Fon 0201-24 86 482; Fax 0201-24 86 484; Neue Impulse@aol.com

Alle Rechte vorbehalten
Titelgrafik Bernd Bücking, München
Druck DIP Digital Print, Witten
ISBN 3-910080-54-5
EUR 4.00 (D)

www.marxistische-blaetter.de

Dominico Losurdo

Scheitern – Verrat – Lernprozess

5

<i>1. Kommunistische Bewegung, Überwindung der drei großen Diskriminierungen und die Erringung der Demokratie und des Sozialstaats</i>	5
<i>2. Vom «Scheitern» zum «Verrat»</i>	9
<i>3. Der «Verrat» von Stalin bis Chruschtschow</i>	10
<i>4. Größte Ausdehnung und beginnende Krise des «sozialistischen Lagers»</i>	12
<i>5. Zwischen Utopie und Ausnahmezustand</i>	15
<i>6. Revolution und Lernprozess</i>	16
<i>7. Lernprozess und Ent-Messianisierung des kommunistischen Projekts</i>	17
<i>8. Ent-Dämonisierung Stalins (und Chruschtschows) und Ent-Kanonisierung von Marx und Engels und der «Klassiker»</i>	21
<i>9. Kapitalismus und Sozialismus: Experimente am Reißbrett oder gegenseitiger Kampf und wechselseitige Bedingung</i>	22

Erwin Marquit

Das Bedürfnis nach einer ausgewogenen Neubewertung der UdSSR – Ein Rezensionessay

25

<i>Die Linke Opposition</i>	27
<i>Die Rechte Opposition</i>	29
<i>Chruschtschow</i>	36
<i>Die Zweite Wirtschaft</i>	43
<i>Der endgültige Schlag</i>	44
<i>Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie</i>	47
<i>Schlussfolgerung</i>	49

Domenico Losurdo

Scheitern – Verrat – Lernprozess

**Drei Ansätze zur Interpretation der Geschichte
der kommunistischen Bewegung**

**Wie können wir eine historische Bilanz der
kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ziehen?
Welche Kategorie müssen wir in erster Linie benutzen?**

1. Kommunistische Bewegung, Überwindung der drei großen Diskriminierungen und die Erringung der Demokratie und des Sozialstaats

Wie können wir eine historische Bilanz der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ziehen? Welche Kategorie müssen wir in erster Linie benutzen? Heutzutage ist der Diskurs über das «Scheitern» des «Realsozialismus» so unbestritten, dass er nicht einmal bei der Linken auf Widerspruch stößt. Die vorherrschende Historiographie und Ideologie scheinen die Bilanz eines dramatischen Jahrhunderts in einer erbaulichen Fabel zusammenfassen zu wollen: Zu Anfang des 20. Jahrhunderts wird ein attraktives und tugendhaftes Mädchen (das Fräulein Demokratie) zuerst von einem Rohling (dem Herrn Kommunismus) angegriffen und danach von einem anderen (dem Herrn Nazi-Faschismus); die Kontraste zwischen den beiden ausnutzend und über komplexe Geschehnisse hinweg gelingt es dem Mädchen schließlich, sich von der schrecklichen Bedrohung zu befreien; inzwischen reifer geworden, aber ohne etwas von ihrem Charme verloren zu haben, kann das Fräulein Demokratie schließlich ihren Liebestraum durch die Heirat mit dem Herrn Kapitalismus verwirklichen; von Respekt und von allgemeiner Bewunderung umgeben ist es dem glücklichen und unzertrennlichen Paar angenehm, sein Leben besonders zwischen Washington und New York zu verbringen, zwischen dem Weißen Haus und der Wallstreet. Wenn die Dinge so stehen, ist kein Zweifel mehr zulässig: Der Kommunismus ist offensichtlich ruhmlos gescheitert.

Nur hat diese erbauliche Geschichte nichts mit der wirklichen Geschichte zu tun. Die zeitgenössische Demokratie beruht auf dem Grundsatz, dass jedes Individuum, unabhängig von Rasse, sozialem Stand und Geschlecht, unveräußerliche Rechte besitzt, und sie setzt daher die Überwindung der drei großen Diskriminierungen (der rassistischen, klassenbedingten und sexuellen) voraus, die am Vorabend der Ok-

toberrevolution noch gang und gäbe waren.

Widmen wir uns zunächst der *ersten*: Sie tritt in zweifacher Form auf. Auf planetarischer Ebene sehen wir einerseits die «Versklavung der Hunderte Millionen Werktätigen in Asien und in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern» durch «einige wenige auserwählte Nationen», die – fährt Lenin fort – «das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzen» und es den Barbaren in den Kolonien oder Halbkolonien absprechen (*Lenin, 1955, Bd. 26, S. 425; Bd. 20, S. 442*). Auf der anderen Seite zeigt sich auch innerhalb der Vereinigten Staaten die Rassendiskriminierung, wo den Schwarzen die politischen Rechte und manchmal auch die Bürgerrechte verweigert werden und wo sie jedenfalls einem Regime der *white supremacy* unterworfen sind.

Beredt sind die Schlussfolgerungen, zu denen im Jahre 1944 ein berühmter schwedischer Soziologe (Myrdal) gelangt: «Die Segregation wird nunmehr so vollständig, dass ein Weißer im Süden nie einen Schwarzen sieht, wenn nicht als Diener oder in ähnlichen formalisierten und standardisierten Situationen, die für Beziehungen zwischen Kasten typisch ist.» In den darauffolgenden Jahren beginnen die Mobilisierung und die Agitation der Schwarzen einige Erfolge zu erzielen. Die Änderung des Klimas kann von einem Brief aus erklärt werden, den der amerikanische Justizminister im Dezember 1952 an den Obersten Gerichtshof schickt, der gerade die Integration in den öffentlichen Schulen diskutiert: «Die Rassendiskriminierung begünstigt die kommunistische Propaganda und erweckt Zweifel auch bei befreundeten Nationen über die Solidität unseres demokratischen Credos.» (*In: Woodward, 1966, S. 118 und S. 131 ff.*)

Es macht keinen Sinn, den Kommunismus mit dem Nazismus gleichstellen zu wollen, das heißt mit der Macht, die sich am konsequentesten und brutalsten der Überwindung der Rassendiskriminierung und damit der Einführung der Demokratie widersetzt hat. Stellt das Dritte Reich den mit dem totalen Krieg vorangetriebenen Versuch dar, ein Regime der *white supremacy* auf planetarischer Ebene und unter deutscher und «arischer» Hegemonie zu errichten, so hat auf der anderen Seite die kommunistische Bewegung einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Rassendiskriminierung und des Kolonialismus geliefert, dessen Erbe der Nazismus antreten und radikalisieren möchte.

Lassen wir jetzt einmal die Kolonien und das Schicksal der «minderjährigen Rassen» hinter uns, um unseren Blick auf die kapitalistische Metropole, ja ausschließlich auf ihre «zivile» Bevölkerung zu richten. Auch auf dieser Ebene – bemerkt Lenin – bestehen weiterhin bedeutende Klauseln des Ausschlusses vom Bürgerrecht und von der Demokratie. In England ist das Wahlrecht «immer noch beschränkt genug [...] um die eigentlich proletarische Unterschicht fernzuhalten» (*Lenin, 1955, Bd. 22, S. 287*); wir können außerdem hinzufügen, dass einige Privilegierte weiterhin das «Mehrfachstimmrecht» genießen, das erst 1948 völlig aufgehoben wird. Besonders komplex war im klassischen Land der liberalen Tradition der Pro-

zess, der zur Verwirklichung des Prinzips «ein Kopf, eine Stimme» geführt hat, und dieser Prozess ist undenkbar ohne die Herausforderung, die die Revolution in Russland und die kommunistische Bewegung dargestellt hatten.

Selbst dort, wo das männliche Wahlrecht allgemein oder nahezu allgemein geworden ist, wird es von der Einrichtung des Oberhauses neutralisiert, das Vorrecht des Adels und der privilegierten Klassen bleibt. Im italienischen Senat sitzen als vollberechtigte Mitglieder (von Rechts wegen) die Prinzen des Hauses Savoyen: Alle anderen werden auf Lebenszeit und auf Empfehlung des Ministerpräsidenten vom König nominiert. Ähnliche Betrachtungen gelten für die anderen europäischen Oberhäuser, die, mit Ausnahme von Frankreich, nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, sondern durch eine Verknüpfung von Erblichkeit und königlicher Nominierung gekennzeichnet sind.

Betrachtet man den Westen insgesamt, dann betrifft die weitreichendste Ausschlussklausel die Frauen. In England sind Mutter und Tochter Pankhurst, die die Suffragettenbewegung anführen, periodisch dazu gezwungen, die heimatlichen Gefängnisse aufzusuchen. Von Lenin und der bolschewistischen Partei verurteilt, wird der «Ausschluss der Frauen» von den politischen Rechten in Russland schon nach der Februarrevolution abgeschafft, die von Gramsci (wegen der entscheidenden Bedeutung der Räte und der Volksmassen) als «proletarische Revolution» begrüßt wurde; Gramsci hebt erfreut hervor, dass sie «den Autoritarismus zerstört und durch das allgemeine Wahlrecht ersetzt hat, das auch auf die Frauen ausgedehnt worden ist». Den gleichen Weg schlägt dann die Weimarer Republik ein (die aus der Revolution hervorgegangen ist, die in Deutschland ein Jahr nach dem Russischen Oktober ausgebrochen war), und erst später die Vereinigten Staaten (*siehe hierzu Losurdo, 1998, Kap. 2, § 3*).

Die Überwindung der drei großen Diskriminierungen wurde durch eine doppelte Bewegung möglich: Mit den zahlreichen und großen Revolutionen von unten, die sich sowohl in den kapitalistischen Metropolen als auch in den Kolonien abspielten und die sich oft an der Oktoberrevolution und an der kommunistischen Bewegung inspirierten, haben sich Revolutionen von oben gekreuzt, die initiiert wurden, um neue Revolutionen von unten zu verhindern.

Zur Demokratie, wie sie heute im Allgemeinen verstanden wird, gehören auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Und gerade der Patriarch des Neoliberalismus, Hayek, klagt darüber, dass ihre Durchsetzung und ihre Präsenz im Westen auf den von ihm für ruinös gehaltenen Einfluss der «russischen marxistischen Revolution» zurückzuführen sind. Natürlich haben die subalternen Klassen nicht das Jahr 1917 abgewartet, um die Anerkennung dieser Rechte zu fordern. Ihre Erlangung durchläuft die gleichen Etappen, die zum Triumph des allgemeinen Wahlrechts führten. Robespierre, der in den diskriminierenden Funktionen des Klassenwahlrechts ein Echo der antiken Sklaverei verurteilt, rühmt gleichzeitig das «Recht auf Leben» als das erste und das unverjährbarste der Rechte des Menschen. Die Acht-

undvierziger-Revolution, die den Triumph des allgemeinen (männlichen) Wahlrechts sanktioniert, führt auch zur Forderung des Rechts auf Arbeit: Dies ist der Beginn der zweiten Etappe, deren Protagonist die sozialistische Bewegung ist. In Deutschland, wo sie besonders stark ist, sorgt Bismarck dafür, einer Revolution von unten durch eine Revolution von oben zuvorzukommen, die die ersten vagen Elemente sozialer Sicherheit einführt. Schließlich die dritte Etappe, die, von den Umwälzungen in Russland ausgehend, sich fast bis auf unsere Tage ausdehnt. Im Verlauf des zweiten Weltkriegs erklärt Franklin Delano Roosevelt, dass man, um ein für alle Mal «die Keime des Hitlerismus» zu zerstören, die «Freiheit von Not» realisieren müsse, was einen einschneidenden Eingriff in die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse mit sich bringe. In den Losungen des amerikanischen Präsidenten scheint sich ein Projekt sozialer Demokratie abzuzeichnen, das – wie Kissinger mit Recht bemerkt – «weit über die vorausgehende politische amerikanische Tradition hinausgeht», ja sogar – wie Hayek nachhakt – darauf hinausläuft, auf die berüchtigte bolschewistische Revolution zu verweisen (*siehe hierzu Losurdo, 1998, Kap. 2, § 3*).

Und erneut ist es nicht möglich, ohne den Oktober und, ganz allgemein, ohne den revolutionären Zyklus, der vom Jakobinismus zum Kommunismus hinführt, das Aufkommen und die weitere Entwicklung des Sozialstaats im Westen zu verstehen. Auch in diesem Fall haben wir es mit einer Verflechtung von Revolutionen von unten und von oben, von aktiven und passiven Revolutionen zu tun. Man könnte sagen, dies sei die Regel bei den Prozessen historischer Umwandlung: Welchen Sinn hat es aber dann, von «Scheitern» zu sprechen, was die Geschehnisse anbetrifft, die mit der Oktoberrevolution begonnen haben? Zum Verständnis des inadäquaten oder entschieden irreführenden Charakters dieser Kategorie versuche man, sie auf die ehemaligen Kolonialländer und -völker anzuwenden, die ihre Unabhängigkeit und Würde auf der Woge eines Kampfes erlangt haben, der sich von der kommunistischen Bewegung hat inspirieren und vorantreiben lassen. Bekannterweise hat Mao Tse-tung anlässlich der Gründung der Volksrepublik China proklamiert, dass die chinesische Nation aufgestanden sei und dass niemand mehr sie mit Füßen treten könne. Vielleicht dachte er dabei an die Jahre, in denen man am Eingang zu einem Park der französischen Konzession in Schanghai das Schild lesen konnte: «Eintritt verboten für Chinesen und Hunde.» Ist die neue Lage, die sich in dem großen asiatischen Land herausgebildet hat, das Ergebnis eines «Scheiterns»? Ähnliche Betrachtungen könnte man hinsichtlich Vietnams oder Kubas und nicht weniger Länder der Dritten Welt anstellen, die sich zwar nicht auf den Sozialismus berufen, aber dennoch ihre Unabhängigkeit und Würde im Gefolge der Herausforderung erreicht haben, die die Oktoberrevolution, der «Realsozialismus» und die kommunistische Bewegung dem kapitalistischen System der ganzen Welt gegenüber darstellte. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, dass der heutige Diskurs vom «Scheitern» grob euro-zentrisch ist. Allerdings handelt es sich um

eine recht verbreitete Kategorie: Hannah Arendt spricht von der «Katastrophe» der Französischen Revolution. Und dennoch ist die zeitgenössische Welt und die heutige Demokratie nicht denkbar ohne die Aktion und die Wirkungskraft, die zunächst die Französische Revolution und später die Oktoberrevolution direkt oder indirekt entfaltet haben: Wie schon gesagt, die kommunistische Bewegung beeinflusst sogar das führende Land des Westens.

2. Vom «Scheitern» zum «Verrat»

Umso erstaunlicher ist der Erfolg, den die Kategorie «Scheitern» auch bei der Linken erzielt. Gerade in diesen Kreisen erlebt die erbauliche Geschichte, die von der herrschenden Ideologie und Historiographie verbreitet wird, manchmal eine kleine Variante. Selbst wenn er sich als Herr Kommunismus ausgab, war der Rohling, der als erster das Fräulein Demokratie angriff, in Wahrheit der Herr Stalinismus, ein vulgärer Betrüger oder bestenfalls ein grober Ignorant, der nichts von der Marxschen Theorie begriffen hatte. Der Diskurs vom «Scheitern» tendiert jetzt dazu, vom Diskurs vom «Verrat» (oder bestenfalls vom Missverständnis) abgelöst zu werden.

Bekanntlich wird das Motiv von der «verratenen Revolution» von Trotzki besonders geschätzt. Im Übrigen haben die Autoren, die auf die eine oder andere Weise von ihm beeinflusst sind, die Tendenz, die Kategorie «Verrat» gewissermaßen auf alle Revolutionen anzuwenden. Auch im Verlauf der Französischen Revolution haben wir das triste Schauspiel der «politischen Funktionäre», der Bürokraten vor uns, die die «direkte Demokratie» ersticken. Wir haben es mit einem «Mechanismus [zu tun], an dessen Ende die direkte Demokratie, die Selbstverwaltung des Volkes, sich durch die Errichtung der revolutionären ‚Diktatur‘ graduell in die Wiedereinrichtung eines Apparats zur Unterdrückung des Volkes verwandelt». Sowohl im Fall der Französischen als auch in dem der Russischen Revolution – bemerkt ein sehr gebildeter und begeisterter Anhänger Trotzki – versuche man, die «Machtkonzentration», den autoritären oder «totalitären» Ausgang unter Berufung auf die «Notwendigkeit» zu rechtfertigen. In Wahrheit vernachlässigt man aber die unselige Rolle der «Bürokratie» und der «bürokratischen Sklerose». Sie sei in erster Linie verantwortlich für die Degeneration: «Die Demokratie von unten führt zur Entstehung einer Kaste von Parvenüs, die dazu neigen, sich von der Masse zu unterscheiden, und sie trachten danach, die Volksrevolution zu ihrem Vorteil auszunutzen.» (*Guerin, 1968, Bd. 2, S. 468 ff. und S. 475 ff.*)

Gehen wir vom Frankreich des 18. Jahrhunderts zum Spanien des 20. Jahrhunderts über, dann sehen wir, dass sich nichts ändert. Wie soll man die Tragödie erklären, die in den Dreißigerjahren mit dem Sieg des Faschismus endet? Für Chomsky steht außer Zweifel: Als Antwort auf den Franco-Aufstand entwickelt sich «eine bei-

spiellose soziale Revolution», deren Protagonisten die Massen sind; dann aber wird die «Konterrevolution» von der stalinistischen kommunistischen Partei angeführt, die die «Werktätigen» ihrer Kontrollmacht beraubt, um sie der «staatlichen Bürokratie» zu übertragen (*Chomsky, 2002, S. 141 und S. 145*).

Und jetzt wechseln wir von Europa nach Asien über. Wie soll man die Krise der Kulturrevolution in China erklären? In diesem Fall ist die antibürokratische Absicht klar und offensichtlich: Aber die «Propagandatrupps der Arbeiter», die Organisationen, die den Kampf anführen sollten, «verwandelten sich» leider «selbst in einen Sektor der Bürokratie, mal in Harmonie und mal im Widerstreit mit den anderen Bürokraten» (*Masi, 1979, S. 103*).

Mit ihrem naiven Dogmatismus – die Bürokraten, die den Elan der Massen ersticken und die Revolution verraten, sind immer die anderen –, mit ihrer Monotonie und mit ihrer universalen Anwendbarkeit auf die Krisenphänomene oder auf den Prozess der Konsolidierung und «Bürokratisierung» einer jeden Revolution zeigt die Kategorie «Verrat» ihre ganze Leere. Sie ist jedenfalls nicht überzeugender als die Kategorie «Scheitern». Unverändert bleibt die schwache Argumentation: Es geht immerhin darum, zu erklären, wie es einem «Gescheiterten» oder einem «Verräter» (oder dem Protagonisten eines kolossalen «Missverständnisses») gelungen ist, einen gewaltigen Beitrag zum Emanzipationsprozess der Kolonialvölker zu leisten und, was den Westen anbetrifft, zur Zerschlagung des Ancien regime und zum Aufbau des Sozialstaats.

3. Der «Verrat» von Stalin bis Chruschtschow

In den Jahren, die unmittelbar auf den Zusammenbruch des Dritten Reichs folgen, ist das Prestige der Sowjetunion so groß, dass es sich auch außerhalb der kommunistischen Bewegung feststellen lässt. Hannah Arendt, weit davon entfernt, das aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Land mit dem Dritten Reich zu vergleichen, wie sie es später tun wird, schreibt 1945 der Sowjetunion das Verdienst zu, die «völlig neue und erfolgreiche Lösung von Nationalitätenegegensätzen und die neue Form der *Organisation* verschiedener Völker auf der Grundlage nationaler Gleichheit» erzielt zu haben; dies ist ein Problem, «das für jede politische und nationale Bewegung in unserer Zeit [...] von höchstem Interesse ist» (*Arendt, 1989, S. 36*). Die Kursivschrift dient zur Hervorhebung der Umkehr der Positionen einige Jahre später, nach Ausbruch des kalten Krieges, als Arendt dann Stalin die gezielte Auflösung der schon bestehenden Organisationen vorwirft, um künstlich jene amorphe Masse zu schaffen, die die Voraussetzung für den Totalitarismus abgebe.

In den Jahren, die auf den Zusammenbruch des Dritten Reichs folgen, ist das Prestige, das die UdSSR genießt, auch das Prestige, das seine Führungsspitze genießt. Was schließlich die Moskauer Prozesse angeht, unterstreicht der Leader der Christdemokraten die Glaubhaftigkeit der Anklage, wobei er sich auf «objektive ameri-

kanische Informationen» beruft. (*De Gasperi, 1956, S. 15 f.*)

Noch im Jahre 1953, gleich nach dem Tode Stalins, zieht einer seiner Feinde, und das heißt: ein überzeugter Anhänger Trotzki's, folgende bezeichnende historische Bilanz: «Im Verlauf dreier Jahrzehnte hat sich das Gesicht der Sowjetunion vollkommen verändert. Der Kern der historischen Aktion des Stalinismus ist der folgende: er hat ein Russland vorgefunden, das den Boden mit Holzpflügen bearbeitete und er hinterlässt es als Besitzer des Atommeilers. Er hat Russland zur zweiten Industriemacht der Welt emporgebracht, und es hat sich nicht nur um einen bloß materiellen und organisatorischen Fortschritt gehandelt. Ein derartiges Resultat hätte man nicht ohne eine ausgedehnte Kulturrevolution erreichen können, in deren Verlauf man ein ganzes Land in die Schule geschickt hat, um ihm eine extensive Bildung zu vermitteln.»

Zwar konditioniert und teilweise entstellt vom asiatischen und despotischen Erbe des zaristischen Russland, hatte im Stalinismus «das sozialistische Ideal seine natürliche, geschlossene Integrität» (*Deutscher, 1972, S. 167 f.*). Drei Jahre später ändert sich im Gefolge des 20. Parteitags der KPdSU das Bild vollkommen. Deutscher schreibt Chruschtschow das Verdienst zu, endlich «das enorme, finstere, kapriziöse, degenerierte menschliche Monstrum» gebrandmarkt zu haben, vor dem sich die Kommunisten auf die Knie geworfen hatten (*Deutscher, 1972, S. 20*). Zweifellos waren es zwei Wendungen, die das heutige Stalinbild bestimmt haben: Der Ausbruch des kalten Krieges 1947 und der 20. Parteitag der KPdSU. Nach 1956 nimmt die Kampagne gegen Stalin nicht nur in Bausch und Bogen die Grundmotive der vom Westen gegen die UdSSR insgesamt entfesselten Kampagne wieder auf, sondern setzt manchmal gern noch einen drauf: Deutscher zum Beispiel kritisiert 1965 entschieden «die stalinfreundliche Welle in den alliierten Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten in der unmittelbaren Nachkriegszeit» (*Deutscher, 1972, S. 221*)!

Begreiflich ist daher, dass in kommunistischen Kreisen, die darum bemüht sind, auf die antikommunistische Kampagne zu reagieren, die Tendenz auftaucht, zu denken oder zu seufzen: *In principio erat Chruschtschow!* Er ist im Endeffekt der Wegbereiter der antikommunistischen Kampagne und wird deshalb als der Ausgangspunkt der ruinösen Entwicklung angesehen und abgestempelt, der auf den Zusammenbruch der Sowjetunion hinauslief: In dieser Hinsicht ist er derjenige, der sich zwar in der kommunistischen Partei und Tradition formiert, dann aber deren enormes politisches und ideelles Vermögen vergeudet hat. Abschließend gesagt: Der Staatsanwalt im Prozess gegen Stalin für «Verrat des Sozialismus» ist jetzt gezwungen, selber auf der Anklagebank zu sitzen!

4. Größte Ausdehnung und beginnende Krise des «sozialistischen Lagers»

Wenn also die gegen Stalin gerichtete Version des Diskurses vom «Verrat» den gigantischen Emanzipationsprozess nicht erklären kann, der sich auf Weltebene in den Jahren entwickelt hat, in denen der «Verräter» die Macht ausübte, dann gelingt es der gegen Chruschtschow gerichteten Version des Diskurses vom «Verrat» nicht, den dramatischen Konflikten Rechnung zu tragen, die sich lange vor dem 20. Parteitag der KPdSU abspielen. Wenige Monate nach dem Tode Stalins wird Berija von einer Mehrheit isoliert und liquidiert, die neben Chruschtschow auch die engsten Mitarbeiter Stalins einschließt. Gegen wen ist in diesem Fall die Anklage des Verrats zu richten? Zu denken geben jedenfalls die Modalitäten, mit denen Berija liquidiert wird: Es handelt sich um eine Abrechnung im Mafia-Stil, einen Gewaltakt, der weder auf die staatliche Rechtsordnung noch auf das Parteistatut Bezug nimmt.

Und schon vor 1956 oder 1953 erodiert ein weiteres schweres Problem von innen her das ganze «sozialistische Lager». Es hat zwar eine eindrucksvolle Ausdehnung erlebt, weist aber schon beträchtliche Risse auf, wie es in erster Linie der Bruch der Sowjetunion mit dem Jugoslawien Titos zeigt. Es handelt sich nur um die erste, unerwartete nationale Krise des «sozialistischen Lagers». Weitere werden folgen: die Invasion Ungarns und der Tschechoslowakei, die Zusammenstöße am Ussuri, der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha und der zwischen Vietnam und China. Natürlich kann man auch in diesem Fall die Jagd auf den «Verräter» eröffnen. Aber im Übergang von einer Krise zur anderen wird diese Jagd immer mühevoller und konfuser: Wer ist der «Verräter» beim Zusammenstoß zwischen Kambodscha und Vietnam und zwischen Vietnam und China? Und welchen Sinn kann es haben, die Geschichte des «sozialistischen Lagers» in eine ununterbrochene Reihe von Momenten des «Verrats» verwandeln zu wollen, für die auch die Protagonisten großer Emanzipationskämpfe verantwortlich gemacht werden?

Ein anderer Ansatz erweist sich als produktiver. Gerade die außerordentliche Ausdehnung des «sozialistischen Lagers» bringt ein absolut neues Problem mit sich: Wie müssen sich die Beziehungen zwischen den verschiedenen, kleinen und großen Ländern entwickeln, die zu diesem Lager gehören? Und wie kann man die Einheit im Kampf gegen den Imperialismus mit der Wahrung der staatlichen Souveränität der einzelnen Länder vereinbaren? Noch akuter wird das Problem nach dem Sieg der Revolution in China und dem Eintritt eines Landes ins «sozialistische Lager», das ein Kontinent ist, und das sich schon wegen seiner Dimensionen und seiner Geschichte berufen fühlt, eine erstrangige Rolle auf der internationalen Ebene zu spielen. Die Gespräche zwischen Stalin und Mao Tse-tung kurz danach in Moskau sind so gespannt, dass sie fast zum Bruch führen. Mit Blick auf den Konflikt, der dann den Kalten Krieg kennzeichnen wird, war es Stalin gelungen, die politische und militärische Präsenz der Sowjetunion auch in Asien und sogar in China

auszudehnen: Von seinen Konferenzpartnern in Jalta hatte er die Anerkennung der Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei bestätigt erhalten, die das zaristische Russland und später die «weißen» Generäle China entrissen hatten, und die die Sowjetunion noch 1924 als «integralen Bestandteil» Chinas anerkannt hatte (vgl. *Paine, 1996, S. 325*). In Jalta hatte Stalin außerdem die «Internationalisierung des Handelshafens von Dairen erreicht, mit der Wahrung der vorherrschenden Interessen der Sowjetunion in diesem Hafen, und die Wiedereinführung der Pacht von Port Arthur als Stützpunkt und Kriegshafen der UdSSR», darüber hinaus «die gemeinsame Ausnutzung der ostchinesischen Eisenbahn und der Eisenbahn der Süd-Mandschurei» (siehe den Text der Abmachungen von Jalta, in: *Clemens, 1975, S. 3750*). Von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien unter Druck gesetzt, stimmt schließlich auch Tschiang Kai-schek diesen bedeutenden Zugeständnissen an Stalin zu, und unterschreibt mit der Sowjetunion einen Vertrag, der nicht zu Unrecht als «Chinas letzter ungleicher Vertrag» bezeichnet worden ist (*Kindermann, 2001, S. 303*). Mao Tse-tung wird es dann sein, der ihn wieder in Frage stellt.

Die chinesische Delegation wirft das Problem der Äußeren Mongolei in Moskau nur mit größter Vorsicht auf. Diesbezüglich macht Mao sogleich einen Rückzieher, aber was die schnellstmögliche Wiedererlangung der chinesischen Eisenbahnen und Häfen angeht, zeigt er sich unbeugsam. In diesem Fall ist es Stalin, der zum Nachgeben gezwungen ist, aber er gibt erst nach, als er Nachricht von den Verhandlungen über den Botschafteraustausch zwischen Peking und London erhält: es zeichnete sich auf diese Weise die Gefahr eines chinesischen Titoismus ab (*Shen Zhihua, 2002*).

Die Beziehungen zwischen den beiden großen sozialistischen Ländern erwiesen sich von Anfang an als schwierig. Beide appellieren an den Kampf gegen den Imperialismus. Nur dass dieser Kampf für die Sowjetunion in erster Linie bedeutet, der von Washington vorangetriebenen Politik des Rollback entgegenzutreten und von daher die Resultate der Konferenz von Jalta zu konsolidieren (die von Stalin bei seinen Gesprächen mit Mao ausdrücklich verteidigt wurde). Sich dem Imperialismus zu widersetzen bedeutet dagegen für die Volksrepublik China, ihre territoriale Integrität wiederzugewinnen, ihre volle Souveränität auch über die östliche Mandschurei wieder zu behaupten, unter Abschaffung der Zugeständnisse und der Privilegien, die Stalin zunächst seinen Partnern in Jalta und dann Tschiang Kai-schek abgerungen hatte. Stark geschwächt aus dem Krieg hervorgegangen (auch wegen der nerventötenden Langsamkeit, mit der sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Eröffnung der zweiten Front in Europa entschlossen hatten) und der Drohung einer neuen Aggression ausgesetzt, hat es die UdSSR zum einen absolut nötig, Atem zu holen, zum anderen ein möglichst breites und kompaktes Bündnis um sich zu vereinen. Anders die Lage der Volksrepublik China: Die Machtübernahme durch die Kommunisten hat nicht die vollständige nationale

Wiedervereinigung mit sich gebracht. Die Rückgewinnung Taiwans steht auf dem Programm, angefangen mit den beiden kleinen Inseln Quemoy und Matsu. Letztere – unterstreicht Churchill bei seinem vergeblichen Versuch, die amerikanische Administration beweglicher werden zu lassen – liegen «vor der Küste», «gehören rechtmäßig zu China», das «ein eindeutiges nationales und militärisches Ziel verfolgt, das heißt, einen Brückenkopf loszuwerden, der sich auszeichnet für die Invasion Kontinentalchinas eignet» (Boyle, 1990, S. 193 [Brief an Eisenhower vom 15. Februar 1955]). Verständlich daher die Entschiedenheit, mit der Mao Tse-tung dieses Ziel verfolgt, ohne sich allzusehr von den atomaren Bedrohungen seitens der Vereinigten Staaten einschüchtern zu lassen. Ein Anzeichen für nationalistische und provinzielle Begrenztheit ist diese Haltung für die sowjetische Führungsspitze, die ihrerseits verdächtigt wird, aus egoistischem und opportunistischem Kalkül taub zu sein für die Emanzipations- und Befreiungsbedürfnisse der Kolonial- oder Exkolonialvölker. Tendiert China im Gefolge der wiederholten atomaren Drohungen seitens der Vereinigten Staaten dahin, die Anstrengungen zu verdoppeln, um in den exklusiven Club der Atomkräfte einzutreten, so fürchtet die Sowjetunion, dass eine derartige Politik die atomare Aufrüstung von Ländern wie Deutschland begünstigen und die «friedliche Koexistenz» in Gefahr bringen könnte, die sie so dringend nötig hat.

Die Divergenzen, die in erster Linie auf die objektive Lage verweisen, werden zum Anlass eines immer schärfer werdenden ideologischen (und diplomatischen) Zusammenstoßes. Die gegen die chinesische Führung gerichtete Kritik der provinziellen Kurzsichtigkeit und der Politik des Abenteurers erlebt eine rapide Eskalation: auf dem Gipfel der Polemik wird die chinesische Führung beschuldigt, der sowjetisch-amerikanischen Atomkatastrophe Vorschub zu leisten, um schließlich die Welt dank ihres höheren demographischen Potentials zu beherrschen (vgl. Borissow-Koloskow, 1973, S. 188 und S. 199). Auf der Gegenseite haben wir es mit einer ähnlichen Eskalation zu tun: Weit davon entfernt, im Kampf gegen den Imperialismus nur einfache «Opportunisten» zu sein, verwandeln sich die sowjetischen Führungskader selber in Imperialisten und sogar in die heimtückischsten und gefährlichsten Imperialisten, die das Erbe des unersättlichen zaristischen Expansionismus angetreten haben und die jetzt, als neue Zaren, direkt die Volksrepublik China bedrohen, das Zentrum der Kampfbewegung der Kolonial- und Exkolonialvölker. Moskau und Peking klagen sich gegenseitig des «Verrats» ... an. Aber beide Parteien, weit davon entfernt Verräter zu sein, erweisen sich höchstens als zu «orthodox» in ihrem Marxismus: sie leiten mechanisch aus dem Sozialismus das Verschwinden der nationalen Konflikte ab; und weil diese, trotz allem, weiterhin existieren, werden sie der Degeneration oder dem Verrat des jeweils anderen angelastet.

5. Zwischen Utopie und Ausnahmezustand

Ein keineswegs begeisterndes Bild. Man versteht daher, dass es auch in der Linken nicht an denen fehlt, die die mit der Oktoberrevolution begonnene Geschichte liquidieren möchten, wobei sie ihr natürlich nicht den westlichen Kapitalismus und Liberalismus entgegensetzen, sondern die Utopie. Dieses Vorgehen riskiert jedoch als Heilmittel das zu empfehlen, was oft zur Verschlimmerung des Übels beigetragen hat. Nehmen wir uns die Dialektik vor, die sich nach der bolschewistischen Revolution entwickelt hat. Der Erste Weltkrieg wütet noch: Das Gemetzel und die Abschaffung der elementarsten Freiheiten im Namen des Ausnahmezustands auch in den Staaten mit den konsolidiertesten liberalen Traditionen, alles das lässt jedes politische Programm inadäquat erscheinen, das diesseits der Forderung einer Sozialordnung ohne Militär- und Staatsapparat, ja sogar ohne jede Form des Zwangs, stehen bleibt. Der Marxismus verflacht sich auf diese Weise zum Anarchismus und stellt sich gewissermaßen als Religion vor. Der junge Bloch erwartet sich von den Sowjets den «Umbruch der Macht zur Liebe» (*Losurdo, 2000, Kap. 2, § 10*). Nicht viel anders argumentieren in Sowjetrußland Exponenten der revolutionären sozialistischen Partei, denn sie proklamieren: «Recht ist Opium für das Volk» (*in: Bloch, 1961, S. 253*) und: «Die Idee der Verfassung ist eine bürgerliche Idee» (*in: Carr, 1964, S. 128*). Auf dieser Grundlage ist es leicht, jedwede terroristische Maßnahme zu rechtfertigen, um dem Notstand entgegenzutreten. Problematisch oder unmöglich scheint vor allem der Übergang zu einer verfassungsmäßigen Normalität zu werden, die von vorneherein als «bürgerlich» abgestempelt wird. So radikalisiert der Ausnahmezustand die Utopie so sehr, dass sie abstrakt wird, und diese abstrakte Utopie erstarrt weiterhin und lässt den Ausnahmezustand unüberwindlich werden.

Der patriotische Fanatismus und die nationalen Hassgefühle, zum Teil «spontan», zum Teil geschickt geschürt, haben zum Gemetzel des imperialistischen Krieges geführt. Es wird ein dringendes Erfordernis, ein ganz neues Kapitel der Geschichte anzufangen. Hier taucht in bestimmten Sektoren der kommunistischen Bewegung ein unrealistischer Internationalismus auf, der dahin tendiert, die verschiedenen nationalen Identitäten als bloßes Vorurteil abzutun. Dieser «Universalismus» ist nicht in der Lage, die Besonderheiten, die Unterschiede zu respektieren. Er verschärft nur noch die Konflikte und die nationale Frage; zunächst innerhalb der Sowjetunion und später in den Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialistischen Staaten. Und erneut haben wir es mit der unglückseligen Spirale zu tun: Ausnahmezustand – abstrakte Utopie – noch schärferer Ausnahmezustand.

Die Wahrnehmung der Bedeutung, die die kapitalistischen Interessen bei der Entfesselung des Gemetzels hatten, lässt in den Augen der sensibleren Gemüter nicht nur den Kapitalismus, sondern auch das Geld überhaupt als hassenswert erscheinen. Der junge Bloch ruft die Sowjets dazu auf, nicht nur jeder «Privatwirtschaft»,

sondern auch der «Geldwirtschaft» und damit der «alles Böseste im Menschen preiskrönenden Kaufmannsmoral» ein Ende zu setzen (*in: Losurdo, 2000, Kap. 2, § 10*). In Russland bringen die Katastrophe des ersten Weltkriegs und der darauf folgende Bürgerkrieg auch den Zusammenbruch der Geldwirtschaft mit sich, die in bestimmten Gebieten durch den Warenaustausch ersetzt wird. Diese Ausnahmesituation wird als «Kommunismus» interpretiert, wenn auch nur als «Kriegskommunismus». Als Vormarsch zum Kommunismus wird sogar eine drastische Notstandsmaßnahme ausgegeben, wie die Zwangsbeschlagnehmung der von den Bauern gehorteten Lebensmittelüberschüsse seitens der Sowjetmacht. Die messianische Erwartung des Absterbens des Staates, der nationalen Identitäten und des Geldes, und das heißt die emphatische und abstrakt gewordene Utopie, läuft in allen drei hier untersuchten Fällen darauf hinaus, Phänomene (Fehlen eines präzisen Verfassungsrahmens, nationale Unterdrückung, ungenügende Entwicklung des nationalen Marktes) als Vorwegnahme des zukünftigen Postkapitalismus zu verklären, die dagegen Ausdruck des Weiterbestehens des alten Regimes sind.

6. Revolution und Lernprozess

Das Auftauchen einer emphatischen und abstrakten Utopie ist jedoch nicht das Produkt der Phantasie einzelner Autoren oder einzelner Persönlichkeiten, sondern das Ergebnis eines objektiven historischen Prozesses. Hier kann uns ein Hinweis von Engels zu Hilfe kommen, der bei seiner Bilanz der Englischen und Französischen Revolution anmerkt: «Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, dass die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...] Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.» (*Marx-Engels, 1955, Bd. 22, S. 301*) Es gibt keinen Grund, die von Marx und Engels erarbeitete materialistische Methodologie nicht auch auf die Revolution anzuwenden, die von ihnen inspiriert wurde. Im Endeffekt tendiert jede Revolution dahin, sich als die letzte vorzustellen, ja sogar als die Lösung aller Widersprüche und damit als Ende der Geschichte. Einerseits stimuliert die abstrakte und emphatische Utopie die Begeisterung der Massen, die notwendig ist, um den hartnäckigen Widerstand des Ancien regime zu brechen, andererseits erschwert sie den Aufbau der neuen Gesellschaft. Nur durch einen mühsamen und oft widersprüchlichen Lernprozess gelingt es einer großen Revolution, mit Präzision ihre Ziele und die politischen Formen zu definieren, die sie verwirklichen sollen. Wie Gramsci klar gemacht hat, genügt die Eroberung der Macht allein noch nicht, um eine Revolution als wahrhaft vollendet betrachten zu können; notwendig ist darüber hinaus die Entdeckung oder der Aufbau der institutionellen und juristischen Mechanismen der regulären und geordneten Machtausübung. Aus diesem Grund erstreckt sich die bürgerliche Revolution in Frankreich über einen Zeitraum von 1789 bis 1871. In all diesen

Jahrzehnten erprobt die neue herrschende Klasse über Versuche und Irrtümer, Widersprüche und Kämpfe die verschiedensten politischen Regime: konstitutionelle Monarchie und Republik, jakobinische Diktatur und Militärdiktatur, Kaiserreich und bonapartistisches Regime, repräsentatives Einkammer- und Zweikammersystem, mehr oder weniger ausgedehnte Formen des Klassenwahlrechts (manchmal mit der Versuchung, ein Mehrstufenwahlrecht oder die Mehrfachstimme für die «Intelligentesten» oder die Reichsten einzuführen) und direktes allgemeines (männliches) Wahlrecht. Was die sozialen Verhältnisse im eigentlichen Sinn betrifft, folgt auf die anfängliche Phase des Verbots der Arbeiter-«Koalitionen» eine reifere Phase, in der die Gewerkschaften legal anerkannt werden. Ähnliche Betrachtungen könnten hinsichtlich der Organisation des Heeres, der ideologischen Apparate und der anderen Sektoren des öffentlichen und sozialen Lebens angestellt werden. Aber erst mit der Liquidierung der Pariser Kommune und der Errichtung der Dritten Republik, mit der Einführung eines repräsentativen Systems, das auf der Konkurrenz mehrerer Parteien, aber gleichzeitig auf der soliden Kontrolle durch eine einzige Klasse beruhte, fand die französische Bourgeoisie die politischen und sozialen Formen für ihre Machtausübung unter normalen Bedingungen. Das Militär zog sich ein wenig zurück, um zum direkten Eingreifen nur in akuten Krisensituationen bereit zu stehen. Diese politischen und sozialen Formen werden allerdings nicht am Reißbrett erfunden und konstruiert, sondern im Verlauf harter Kämpfe, sowohl gegen das Ancien regime als auch gegen die Volksmassen und sogar verbunden mit internationalen Konflikten.

Die Klasse (oder der soziale Block), die sich vornimmt, die Bourgeoisie abzulösen, hat eine noch schwierigere Aufgabe vor sich. Sie muss nicht nur ein neues politisches Regime «erfinden», sondern auch neue soziale Verhältnisse, die nicht präexistieren, wie es für die bürgerlichen sozialen Verhältnisse schon innerhalb der alten Gesellschaft gilt, sie können vielmehr erst nach der Machteroberung aufgebaut werden. Dies ist der von Lenin hervorgehobene fundamentale Unterschied zwischen der «sozialistischen Revolution» und der «bürgerlichen Revolution» (*Lenin, 1955, Bd. XXVII, S. 75*). Weitaus komplexer ist der Lernprozess, den eine Bewegung vollziehen muss, die den Kapitalismus überwinden will. Dass diese Aufgabe, noch erschwert durch die Politik der Eindämmung, Einkreisung und Aggression seitens des Imperialismus, nicht gelöst wurde, hat zur Niederlage des Sozialismus geführt.

7. Lernprozess und Ent-Messianisierung des kommunistischen Projekts

Die sozialistische und kommunistische Bewegung ist weit davon entfernt, diesen Prozess zu Ende geführt zu haben. Sollen wir die postkapitalistische Zukunft als das totale Verschwinden nicht nur der Klassengegensätze, sondern auch des Staates und der politischen Macht und der Rechtsnorm insgesamt und außerdem der Reli-

gionen, der Nationen, der Arbeitsteilung, des Marktes, einer jeden Quelle des Konflikts verstehen? Sollen wir weiterhin mit Bebel glauben, dass es in der kommunistischen Gesellschaft keinen Platz mehr für «Parlamente», «Steuer- und Zollverwaltung», für «Gerichte», «Rechts- und Staatsanwälte», für «Gefängnisse», für die Rechtsnorm, die Verbrechen und sogar für die Gefühle des «Hasses» und der «Rache» gibt, so dass «Zehntausende von Gesetzen Erlassen und Verordnungen [...] Makulatur» werden? (*Bebel, 1964, S. 482 f.*) Sollen wir weiterhin mit Trotzki glauben, dass im Kommunismus mit dem Staat auch das «Geld» und jede Form des Markts verschwinden werden? (*Trotzki, 1968, S. 61*) Nach gewissen Erklärungen Trotzkis zu urteilen, ereignen sich miraculöse Umwandlungen schon im Sozialismus: «Die wahre sozialistische Familie, durch die Gesellschaft von den drückenden und demütigenden alltäglichen Bürden befreit, wird keine Regelung mehr nötig haben, und schon der bloße Gedanke an Gesetze über die Scheidung und die Abtreibung wird ihr nicht besser erscheinen als die Erinnerung an die Bordelle und die Menschenopfer.» (*Trotzki, 1968, S. 1440*).

Wir sprachen schon von den ruinösen Auswirkungen der Dialektik: Ausnahmezustand – abstrakte Utopie – weitere Verschärfung des Ausnahmezustands. Man sollte sich dagegen die Lehre Gramscis vor Augen halten, der sich vielleicht mehr als alle anderen darum bemüht hat, das kommunistische Projekt von der messianischen Aura zu befreien. Gramsci stellte den Mythos vom Absterben des Staates und seines Aufgehens in der Zivilgesellschaft in Frage und wies darauf hin, dass auch die Zivilgesellschaft eine Form von Staat ist; außerdem hat er hervorgehoben, dass der Internationalismus nichts mit der Verkennung der nationalen Besonderheiten und Identitäten zu tun hat, die über den Zusammenbruch des Kapitalismus hinaus weiterbestehen werden. Hinsichtlich des Marktes meint Gramsci, dass es besser wäre, von einem «bestimmten Markt» statt von Markt in abstraktem Sinne zu sprechen.

Einmal abgesehen von der Lehre des einen oder anderen bedeutenden Autors geht es vor allem darum, den Lernprozess der kommunistischen Bewegung schlechthin zu analysieren. Während des ersten Weltkriegs behauptet und radikalisiert Lenin die These vom Absterben des Staates; aber in seinen letzten Lebensjahren fordert er dazu auf, einen «wirklich neuen» Staatsapparat aufzubauen, der «wirklich den Namen eines sozialistischen, sowjetischen usw. verdient», bereit auch, von den «besten westeuropäischen Vorbildern» zu lernen (*Lenin, 1955, Bd. 33, S. 474 f.; vgl. auch Losurdo, 2000, Kap. 3, § 3*). In den Jahren Chruschtschows hat ein Jurist den Mut, die These vom Absterben des Staates neu zu interpretieren, indem er unterscheidet zwischen «Unterdrückungsfunktion», die dazu bestimmt ist, sich zu verringern und zu verschwinden und «wirtschaftlichen und kulturellen» Funktionen, die sich dagegen entwickeln werden. Bloch kritisiert diese Neuinterpretation. Auch er hat die messianische Erwartung des Umbruchs der «Macht» in «Liebe» aufgegeben. Zwar erörtert er weiterhin die These vom Absterben des Staates, aber

er liest sie jetzt als ein «Grenzideal» oder einen «Grenzbegriff» (*Bloch, 1961, S. 256 ff.*), das heißt als ein Ideal, das auf die Aktion orientiert, ohne sich in einer vollendeten Wirklichkeit zu realisieren.

Nicht weniger mühsam erweist sich der Lernprozess auf anderen Gebieten. Gleich nach der Oktoberrevolution fordert Rosa Luxemburg das neue Regime auf, «die separatistischen Bestrebungen mit eiserner Hand [...] im Keime zu ersticken», die von «geschichtslosen Völkern», von «vermoderten Leichen [...] die aus jahrhundertjährigen Gräbern steigen», angezettelt würden (*in: Losurdo, 2000, Kap. 5, § 2*). Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus und das neue soziale Regime lassen die nationalen Forderungen und Widersprüche mehr denn je als obsolet, irreführend und unerträglich erscheinen. Zusammen mit den nationalen und staatlichen Identitäten scheint der Vormarsch der Revolution auch die traditionellen Probleme der Beziehungen zwischen den Staaten auf den Müllhaufen der Geschichte werfen zu wollen. Als Trotzki das Amt des Volkskommissars des Äußeren übernimmt, sagt er: «Ich werde ein paar Aufrufe an die Völker der Welt erlassen und dann Feierabend machen.» (*in: Carr, 1964, S. 814*) Selbst wenn Lenin normalerweise keine so emphatischen Töne anschlägt, erklärt er in seiner Rede zum Abschluss des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale, als der Kapitalismus seinem Absturz nahe zu sein schien, ohne zu zögern: «Der Sieg der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist sicher. Die Gründung der internationalen Räterepublik wird kommen.» (*Lenin, 1955, Bd. 28, S. 490*) Etwa zehn Jahre später ist Stalin dagegen gezwungen, anzumerken, «wie kolossal groß die Stabilität der Nationen ist» (*Stalin, 1971, Bd. 11, S. 308*). Im Übrigen – darauf weist Stalin noch später hin – ist die Sprache, wesentliches Element der nationalen Identität, nicht bloß eine Überstruktur, wie ihre hartnäckige Beibehaltung beim Übergang von einem sozialen Regime zu einem anderen beweist; der Sozialismus bedeutet nicht das Verschwinden der verschiedenen Sprachen und der verschiedenen nationalen Identitäten. Und dennoch: Nachdem er so lange und so scharf die trotzkistische Theorie oder Versuchung des Exports der Revolution verurteilt hatte, scheint Stalin sich diese gegen Ende des zweiten Weltkriegs gewissermaßen zu eigen zu machen. Folgendermaßen drückt er sich in einem Gespräch mit Milovan Djilas aus: «Dieser Krieg ist anders als alle vorhergehenden; wer ein Territorium besetzt, zwingt ihm auch sein soziales System auf. Jeder zwingt sein soziales System auf, so weit sein Heer vordringt; es könnte auch nicht anders sein» (*Gilas [Djilas], 1978, S. 121*). Die hier verdrängte nationale Frage wird energisch nur wenige Jahre später wieder auftauchen: Gerade in Osteuropa beginnt die Krise, die dann zur Auflösung des «sozialistischen Lagers» führen wird.

Betrachten wir die Widersprüche, die beim Aufbau der neuen sozialen Ordnung auftreten, die den Kapitalismus ersetzen soll. Wir sprachen schon davon, dass der junge Bloch die Abschaffung der «Geldwirtschaft» schlechthin anstrebte. Dies ist nicht nur die Haltung eines vom «Geist der Utopie» inspirierten Philosophen. In

den Vierzigerjahren beschreibt ein Bolschewik wirkungsvoll das geistige Klima in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution: «Wir jungen Kommunisten sind alle in der Überzeugung herangewachsen, dass das Geld ein für alle Mal abgeschafft würde [...] Wenn das Geld wieder erschiene, würden dann nicht auch die Reichen wieder auftauchen? Befanden wir uns nicht auf einer glitschigen Bahn, die uns zum Kapitalismus zurückführte?» (in: *Figes, 2000, S. 926*)

Aber sehen wir jetzt ab von diesen mehr oder weniger messianischen Erwartungen. Einmal an die Macht gelangt, müssen die Kommunisten schwierige, manchmal dramatische Entscheidungen treffen: Sollen sie sich in erster Linie darum bemühen, ihre soziale Konsens-Basis zu erweitern oder zu konsolidieren, oder sollen sie sofort mit ihrem Programm der integralen Kollektivierung der Produktionsmittel beginnen? Letztere These vertritt Rosa Luxemburg, die die Bolschewiki scharf wegen ihrer «kleinbürgerlichen» Agrarreform kritisiert, die den Bauern Grund und Boden überlässt (in: *Losurdo, 2000, Kap. 5, § 2*). Russland ist völlig verarmt aus dem Krieg hervorgegangen: War es das Hauptziel der Sowjetmacht, mehr oder weniger egalitär die geringen verfügbaren Ressourcen aufzuteilen oder sollte die Anstrengung dahin gehen, diese zu vermehren? Wenn man die Hauptaufgabe in der Entwicklung der Produktivkräfte sieht, dann ergibt sich ein weiteres Dilemma: Soll man materielle Anreize schaffen, oder soll man an das revolutionäre Bewusstsein oder an die Hingabe an die Sache des Sozialismus seitens des «neuen Menschen» appellieren? Viele Jahre lang nährte Mao Tse-tung die Illusion, rasch den Abstand zu den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern mit dem Appell an die revolutionäre Massenbegeisterung aufholen zu können. Doch die Mittelmäßigkeit der erzielten Resultate und die gleichzeitige Konsolidierung des Kapitalismus haben die chinesischen Kommunisten dahin geführt, den vorher als «revisionistisch» abgestempelten Weg mit einer ganz neuen Radikalität einzuschlagen. Und so entstand die «sozialistische Marktwirtschaft».

Erneut erweist sich der Lernprozess als komplex und mühsam, und zwar nicht nur für diejenigen, die Regierungsfunktionen ausüben. Als Gramsci die Oktoberrevolution begrüßte, unterstrich er, dass sie anfangs nur den «Kollektivismus der Armut, des Leidens» hervorbringen würde. Zu diesem Zeitpunkt schien in seinen Augen die egalitäre Verteilung der verfügbaren Ressourcen die Hauptaufgabe der Sowjetmacht zu sein. Später verteidigt der italienische Kommunistenführer die NÖP und weist darauf hin, dass man nur von einer simplifizierenden und oberflächlichen Auffassung vom Aufbau einer postkapitalistischen Gesellschaft her den «pelzbehangenen NÖP-Mann» skandalisieren könne, der einen entschieden höheren Lebensstandard als die Arbeiter habe, die doch die politisch herrschende Klasse bilden. Im Gegensatz zu früher scheint jetzt als Hauptaufgabe der neuen Sowjetmacht die Entwicklung der Produktivkräfte ausgemacht worden zu sein (*Losurdo, 2000, Kap. 5, § 3*).

8. Ent-Dämonisierung Stalins (und Chruschtschows) und Ent-Kanonisierung von Marx und Engels und der «Klassiker»

Die Geschichte des Sozialismus ist auch die Geschichte dieser Dilemmata, dieser Debatten und dieser Kämpfe. Die Konflikte haben nicht nur die Geschichte der einzelnen kommunistischen Parteien (an der Regierung oder in der Opposition) und die gesamte internationale kommunistische Bewegung tief gezeichnet, sondern auch die Entwicklung der großen Intellektuellen kommunistischer Orientierung. Die übliche Liquidierung der realen Geschichte des Sozialismus im Namen der Utopie oder des «authentischen» Denkens von Marx und Engels, impliziert auch die Aufwertung der großen Intellektuellen oder der Politiker, die der Macht fern standen oder sich nur marginal daran beteiligten, im Gegensatz zu denen, die wirklich Regierungsverantwortlichkeiten übernommen haben. Aber dieses Schwarz-Weiß-Bild ist aus einer Reihe von Gründen keineswegs überzeugend: Es stellt erstens einen Vergleich zwischen heterogenen Größen auf, und zwar zwischen Absichten und realen Handlungen (diese Haltung wirft Hegel der «schönen Seele» vor); es hat zweitens keine Glaubhaftigkeit auf historischer Ebene: Die großen Intellektuellen oder die Politiker die der Macht fern geblieben sind, sind nicht immun gegen die naiven Illusionen, gegen die Fehler und sogar gegen die Brutalitäten, die wir bei denen feststellen können, die die wirkliche Macht in Händen haben; wenn man drittens die Vorzüglichkeit der guten Vorsätze der Mittelmäßigkeit oder noch Schlimmerem der wirklichen Handlungen entgegensetzt, dann bereitet dieser Ansatz erneut der Pseudoerklärung des «Verrats» den Weg. Engels hatte sich seinerzeit lustig gemacht über «jenen Aberglauben, der Revolutionen auf die Böserartigkeit einer Handvoll Agitatoren zurückführt» (*Marx-Engels, 1955, Bd. 8, S. 5*). Leider wütet bis heute in der kommunistischen Bewegung der «Aberglaube», aufgrund dessen die Krisenmomente oder die Niederlage einer Revolution der «Böserartigkeit» einer Handvoll Verrätern zuzuschreiben sei. Es ist an der Zeit, endgültig mit dieser unglückseligen Tradition Schluss zu machen.

Wie auch immer sie dekliniert wird, die Kategorie «Verrat» setzt die Kanonisierung von Marx und Engels (und der wie auch immer definierten «Klassiker») voraus, und außerdem die Exkommunikation derer, die beschuldigt werden, den Kanon verraten zu haben. Die hier vorgeschlagene Anwendung der Kategorie «Lernprozess» impliziert dagegen zum einen die Ent-Dämonisierung Stalins (aber auch Chruschtschows und Trotzki), zum anderen die Ent-Kanonisierung von Marx und Engels (und der «Klassiker»). Und diese Entkanonisierung impliziert ihrerseits, dass der Lernprozess noch bei weitem nicht abgeschlossen ist.

9. Kapitalismus und Sozialismus: Experimente am Reißbrett oder gegenseitiger Kampf und wechselseitige Bedingung

Ist es lächerlich, das 20. Jahrhundert auf die erbauliche Fabel reduzieren zu wollen, von der ich eingangs gesprochen habe, so ist es nicht weniger lächerlich, die Geschichte dieses Jahrhunderts wie den Vergleich zwischen zwei Experimenten am Reißbrett darzustellen, von denen das eine gescheitert und das andere geglückt ist. Denn ebenso wie die Geschichte des Westens und der Dritten Welt (mit der Überwindung der drei großen Diskriminierungen und dem Aufkommen des Sozialstaats) nicht ohne die Herausforderung durch den «Realsozialismus» verstanden werden kann, kann auch die Geschichte des «Realsozialismus» nicht ohne die Politik der Intervention, der Einkreisung und des technologischen und ökonomischen Embargos seitens des Westens verstanden werden.

Was den ersten Punkt angeht, wissen wir, dass über jeden Verdacht erhabene Autoren den Abbau des rassistischen Regimes im Süden der Vereinigten Staaten und den Aufbau des Sozialstaats im Westen in Zusammenhang mit dem Einfluss bringen, die die «russische marxistische Revolution» und das «sozialistische Lager» auf die eine oder andere Weise ausgeübt hätten. Hier sollte man eingehender die Dialektik analysieren, die sich nach der Oktoberrevolution entwickelt hat. Das kapitalistische System, das sich durch die Übernahme von Elementen aus dem ideellen und politischen Gepäck der kommunistischen und Arbeiterbewegung und aus dem realen Sozialismus konsolidiert hatte, hat daraufhin seinerseits eine unwiderstehliche Anziehung auf die Bevölkerung der Länder ausüben können, die sich durch einen Sozialismus auszeichneten, der von Anfang an die gut sichtbaren Zeichen des vom Westen entfesselten und aufgezwungenen Krieges trägt: Mit der Zeit wird er immer sklerotischer, bis er schließlich zu seiner eigenen Karikatur wird. Das heißt, den auf der Woge der bolschewistischen Revolution entstandenen Ländern ist es nicht gelungen, sich konkret mit dem Westen zu messen, zu dessen tiefgreifender Modifizierung sie selber beigetragen hatten. Letzten Endes hat das politisch-soziale System den Sieg davon getragen, das besser auf die Herausforderung hat reagieren können, die das entgegengesetzte oder konkurrierende System lanciert oder objektiv konstituiert hat. Auch in diesem Fall hat sich so der anfängliche Teilsieg der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die gezeigt hatte, dass sie fähig war, ihre konkrete historische Wirksamkeit auch im gegnerischen Lager durchzusetzen, in eine Niederlage von strategischer Tragweite verwandelt.

So wird der widersprüchliche Prozess verständlich, der sich heute abspielt. Nach der Lockerung des vom Imperialismus aufgezwungenen permanenten Ausnahmezustands und aufgrund eines Lernprozesses, der durch diese neue Situation erleichtert wird, reift in einem Land wie China die theoretische Anerkennung der Bedeutung der *rule of law* heran und es werden Anstrengungen unternommen, einen so-

zialistischen Rechtsstaat aufzubauen: So drücken sich, sowohl mit der Tradition des «Realsozialismus» als auch mit dem Erbe der «Kulturrevolution» brechend, die heutige Verfassung und die Führung der Volksrepublik China aus. Im Westen geht dagegen mit dem Verschwinden der Herausforderung, die eine starke internationale kommunistische Bewegung und das «sozialistische Lager» dargestellt hatten, ein allgemeiner Rückschritt Hand in Hand. Es handelt sich nicht nur um den Abbau des Sozialstaats. Der Tendenz nach tauchen sogar zwei der drei großen Diskriminierungen, wenn auch in anderer Form, wieder auf, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts überwunden worden waren. In den Vereinigten Staaten – unterstreicht unter anderen ein maßgeblicher liberaler Historiker wie Schlesinger jr. – ist die Bedeutung des Geldes im Wahlkampf so groß, dass die repräsentativen Organe Gefahr laufen, wieder das Monopol der besitzenden Klassen zu werden (wie in den goldenen Jahren des Klassenwahlrechts). Was die internationalen Beziehungen betrifft, so rehabilitiert Popper, der praktisch offizielle Theoretiker der «offenen Gesellschaft», ganz explizit den Kolonialismus (vgl. Losurdo, 1993, Kap. 8, § 4 und § 7). Eine neue Vitalität kommt im Übrigen der imperialen Mythologie zu, wonach ein «ausgewähltes Volk» das Recht und die Pflicht habe, die anderen zu führen: Auf das Kiplingsche Motiv von der *White Man 's Burden* folgt inzwischen das von Bush jr. so geschätzte Motiv der *American Man 's Burden*.

Die «Niederlage» ist nicht das «Scheitern»: Während letztere Kategorie ein total negatives Urteil impliziert, ist die erstere ein partiell negatives Urteil, das auf einen bestimmten historischen Kontext Bezug nimmt und es ablehnt, die Realität einiger Länder (und sogar eines Landes, das ein Kontinent ist) zu verdrängen, die sich weiterhin auf den Sozialismus berufen. Ihr Widerstand und ihre Vitalität leiten sich aus der Fähigkeit her, mit Irrtümern und mehr oder weniger geglückten Experimenten konkret den notwendigen Lernprozess voranzubringen, indem sie das sozialistische Projekt von seinen abstrakt utopistischen Komponenten befreien und den sozialistischen Markt, die *rule of law* in sozialistischer Version, das Weiterbestehen der nationalen Unterschiede und Identitäten usw. wiederentdecken. Es eröffnet sich eine neue Phase mit vielen unvorhersehbaren Aspekten: Der Lernprozess kann keinen garantierten Erfolg haben, er ist weder immun gegen Widersprüche und Konflikte noch gegen die Gefahr der Niederlage. Es ist ein Prozess, der bei weitem noch nicht zu seinem Abschluss gekommen ist.

LITERATUR

- Hannah Arendt, 1989, *Zionism Reconsidered* (Oktober 1945); dt. Üb. von E. Geisel, *Der Zionismus aus heutiger Sicht*, in: *Die Krise des Zionismus, Essays & Kommentare 2*, Berlin August Bebel, 1964, *Die Frau und der Sozialismus* (1883), 60. Aufl., Berlin
- Ernst Bloch, 1961, *Naturrecht und menschliche Würde*, Frankfurt a. M.
- Oleg B. Borissow-Boris T. Koloskow, 1973, *Sowjetisch-chinesische Beziehungen 1945-1955*; aus dem Russ. (1971) von W. Eckstein Berlin
- Peter G. Boyle (Hg.), 1990, *The Churchill-Eisenhower Correspondence 1953-1955*, Chapel Hill and London
- Edward H. Carr, 1964, *A History of Soviet Russia. The Bolshevik Revolution 1917-1923* (1950); it. Üb. von F. Lucentini, S. Caprioglio und P. Basevi. *La rivoluzione bolscevica*, Torino, 4. Aufl.
- Noam Chomsky, 2002, *The Chomsky Reader* (1987); it. Üb. von C Salmaggi, *Linguaggio e libertà. Dietro la maschera dell'ideologia*, Milano
- Daniel Shaver Clemens, 1975, *Yalta* (1970); it. Üb. von M. Disegni, Yalta, Torino
- Isaac Deutscher, 1972, *Ironies of History. Essays on Communism* (1966); it. Üb. von Losurdo: *Scheitern – Verrat – Lernprozess* 141
- E. Pelitti, *Ironie della storia. Saggi sul comunismo contemporaneo*, Milano
- Orlando Figes, 2000, *A People's Tragedy* (1996); it. Üb. von R. Petrillo. *La tragedia di un popok. La Rivoluzione russa 1891-1924* (1997), Milano
- Milovan Gilas (Djilas), 1978, *Conversations with Stalin* (1962), it. Üb. von E. Spagnol Vaccari, *Conversazioni con Stalin*, Milano
- Daniel Guenn, 1968, *La lutte de classes sous la Premiere Republique*, Paris, 2 Bde.
- Gottfried-Karl Kindermann, 2001, *Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840-2000*, Stuttgart-München
- Wladimir I. Lenin, 1955, *Werke*, Berlin 1955 ff.
- Domenico Losurdo. 1993, *Democrazia o bonapartismo. Trionfo e decadenza del suffragio universale*, Torino
- Domenico Losurdo, 1998, *11 peccato originale del Novecento*, Roma-Bari Domenico Losurdo, 2000, *Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum «kritischen Kommunismus»*, Hamburg
- Karl Marx/Friedrich Engels, 1955, *Werke*, Berlin, 1955 ff.
- Edoarda Masi, 1979, *Breve storia della Cina contemporanea*, Roma-Bari
- S. C. M. Paine, 19%, *Imperial Rivals. China, Russia, and Their Disputed Frontier*. Armonk London
- Shen Zhihua, 2002, *Interests Conflicts and Their Solution during the Talks on the Sino-Soviet Treaty of 1950*, in «*Social Sciences in China*», Nr. 2 (Sommer), S. 41-53 Josif W. Stalin. 1971, *Werke*, Hamburg
- Lew D. Trotzki, 1968, *La Revolution trahie* (1936-37); it. Üb. von L. Maitan, *La rivoluzione tradita*. Roma
- C. Vann Woodward, 1966. *The Strange Career of Jim Crow* (1955), 2. durchges. Aufl., London, Oxford, New York
- <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=865>

Aus: © Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 53, März 2003

Erwin Marquit

Das Bedürfnis nach einer ausgewogenen Neubewertung der UdSSR – Ein Rezensionssessay

Die Autoren von «Socialism Betrayed» (Der verratene Sozialismus) schreiben in ihrer Einführung: «dies ist ein Buch über den Zusammenbruch der Sowjetunion und seine Bedeutung für das 21. Jahrhundert» (1). In diesem Zusammenhang kann das Buch als Versuch gesehen werden, die Erfahrungen des ersten Sozialismusversuchs dazu zu nutzen, vor den jetzigen Bemühungen Chinas, Vietnams und in geringerem Maße auch Kubas zu warnen, die eine Politik sozialökonomischer Entwicklung im Rahmen dessen, was die Vietnamesen «eine Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung» nennen, verfolgen. «Wenn man sich die tatsächliche Geschichte des Marktsozialismus unter Gorbatschow ansieht», schreiben Keeran und Kenny in ihren Schlussbemerkungen, «scheint es doch, dass die wirkliche Lehre aus dem sowjetischen Zusammenbruch ... zu der Schlussfolgerung führt, dass Sozialismus zentrale Planung, gesellschaftlichen Besitz und eingeschränkte Märkte verlangt» (194).

Die Autoren beginnen ihre Diskussion des Zusammenbruchs folgendermaßen: «Der Zusammenbruch der Sowjetunion geschah nicht in Folge einer inneren Wirtschaftskrise oder eines Volksaufstandes. Er geschah aufgrund der von oben durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) und ihren Generalsekretär Michail Gorbatschow initiierten Reformen. Selbstverständlich muss es Probleme in der Sowjetunion gegeben haben, denn sonst wäre kein Bedürfnis nach Reformen entstanden» (14).

Keeran und Kenny argumentieren, dass die Geschichte der KPdSU seit den frühesten Tagen der Oktoberrevolution immer eine Geschichte des Kampfes zwischen Links und Rechts gewesen ist. Nach Lenins Tod war Stalin die führende Person der Linken. In entscheidenden Momenten der Geschichte der UdSSR waren die führenden Personen der Rechten Bucharin, Chruschtschow und Gorbatschow. Der prinzipielle Konflikt, der die Teilung zwischen links und rechts charakterisierte, war die Frage sozialistische Planwirtschaft oder Öffnung der Wirtschaft für Markt-

kräfte. Nach Meinung der Autoren war das Wachstum der Zweiten Wirtschaft, die Keeran und Kenny als legale und illegale «private wirtschaftliche Aktivität zum persönlichen Nutzen» (53) definieren, das Vorspiel zu Gorbatschows Verrat. «Nachdem sie unter Stalin eingeschränkt war, tauchte sie (die zweite oder Schattenwirtschaft) mit neuer Vitalität unter Chruschtschow auf, erblühte unter Breschnew und ersetzte in vieler Hinsicht unter Gorbatschow und Jelzin die erste, die sozialistische Wirtschaft» (53).

Ich werde in dieser Rezension argumentieren, dass das Wachstum der zweiten Wirtschaft die ungewollte Folge des utopischen Modells einer zentral geplanten Wirtschaft war, das in der Sowjetunion verfrüht eingeführt wurde und das sich in der notwendigen Interaktion mit der Weltwirtschaft als unfähig erwies, mit dem Tempo der marktgetriebenen technologischen Entwicklung im Westen mitzuhalten. Keeran und Kenny beachten die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft in den 20 er und 30 er Jahren zu wenig. Eine detailliertere Analyse ist notwendig, um den Schaden für die Kommunistische Partei durch die massenhafte Ausrottung der bolschewistischen Veteranen und die daraus resultierende Unfähigkeit der Nachkriegsführung zu verstehen, die aus der Stalinperiode ererbte Bürokratisierung der Strukturen und politischen Praktiken zu überwinden. Dieses letztere Versagen verhinderte ein ernsthaftes Nachdenken über einen Wechsel zu einer Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung, wie sie heute in China und Vietnam betrieben wird.

Indem sie den Fortschritt der Industrialisierung unter Lenins Neuer Ökonomischer Politik (NÖP) ignorieren, stellen Keeran und Kenny Stalins Politik der sofortigen Industrialisierung und Kollektivierung in den Mittelpunkt, die mit den ersten zwei Fünfjahrplänen ab 1928 begann und in deren Verlauf die sowjetische Wirtschaft fast vollständig sozialisiert wurde – die Industrie im staatlichen Sektor zentralisiert und die Landwirtschaft aufgeteilt zwischen den staatlichen und den kollektiven (kooperativen) Sektoren.

Laut Keeran und Kenny betrachtete Bucharin die Zugeständnisse in Lenins NÖP «an die Bauern, den Markt und den Kapitalismus als eine lang anhaltende Politik; Stalin sah sie als zeitweiligen Notbehelf, den die Revolution so bald wie möglich über Bord werfen müsse» (18). Hier wäre es hilfreich gewesen, wenn die Autoren den Hintergrund der NÖP, die Lenin 1921 zum Ende des Bürgerkrieges eingeführt hatte, mehr erhellt hätten.

Die NÖP ersetzte die extremen, als «Kriegskommunismus» bekannten Maßnahmen, unter denen, in Lenins Worten, «die Konfiszierung der Überschüsse der Bauern eine Maßnahme war, die uns durch die zwingenden Bedingungen des Krieges aufgebürdet wurde» (1965, 187). Unter der NÖP wurde die Beschlagnahme des Überschusses durch eine Steuer ersetzt, die nur einen Teil verlangte, so dass der Bauer die Sicherheit haben würde, «dass er zwar einen bestimmten Teil abgeben musste, einen anderen Teil aber vor Ort verkaufen konnte» (187). Auf diese Art

wurden auf dem Lande wieder Marktbeziehungen aufgebaut.

Lenin war der Meinung, dass diese Marktbeziehungen gebraucht wurden, bis die Infrastruktur für eine vollständig sozialisierte Wirtschaft aufgebaut sei. «Da der Staat die Bauern nicht im Austausch zu seinen Überschüssen mit Waren aus den sozialistischen Fabriken versorgen kann, bedeutet die Freiheit, mit dem Überschuss zu handeln, notwendigerweise auch Freiheit für die Entwicklung des Kapitalismus». Er hielt dies nicht für «gefährlich für den Sozialismus, so lange wie Transport und Großindustrie in den Händen des Proletariats verbleiben» (457). Er unterstützte auch Joint Ventures mit ausländischen kapitalistischen Firmen unter der Bedingung, dass die Industrie im staatlichen Besitz vorherrschend blieb. Er sah darin nur vorübergehende Maßnahmen, die «zusätzliche Ausstattung und Maschinerie bringen werden und uns so ermöglichen, die Wiederherstellung sowjetischer Großindustrie zu beschleunigen» (458).

Die Entwicklungen in den 20er Jahren nach Lenins Tod legten zum großen Teil fest, was in den 30er Jahren kommen würde. Keerans und Kennys Diskussion dieser Periode ist viel zu kurz und ignoriert die ideologischen Kämpfe in der sowjetischen Partei und die Art, wie sie ausgetragen wurden. Deshalb werde ich hier kurz einiges, was für das Verständnis der späteren Ereignisse notwendig ist, aus der Geschichte der ideologischen Auseinandersetzungen skizzieren.

Die Linke Opposition

Bis zu seinem Ausschluss aus der Partei 1927 war Trotzki die führende Persönlichkeit der Opposition gegen die Politik Stalins. Die umstrittenen Politikfelder umfassten jedes Problem des sozialistischen Aufbaus: Die Beziehungen zur Bauernschaft, die Geschwindigkeit der Industrialisierung, das Verhältnis von Staat und Partei, die Natur der Diktatur des Proletariats, die Durchführung des Demokratischen Zentralismus, die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande sowie die Politik der Kommunistischen Internationale gegenüber den Sozialdemokraten und den Differenzen in anderen kommunistischen Parteien.

Trotz des zu Lenins Zeiten eingeführten Verbots fraktioneller Aktivitäten in der Partei gründete Trotzki immer wieder oppositionelle Fraktionen zu immer neuen Themen. So entwickelten 1925-26 zwei über Stalins wachsende Dominanz besorgte Mitglieder des Politbüros, Lew Kamenew und Grigori Sinowjew, eine oppositionelle Fraktion mit Trotzki und machten sie 1926 offiziell. Nach einem persönlichen Angriff auf Stalins Führerschaft auf dem 14. Parteitag der Partei 1925 wurde Kamenew zum Kandidaten des Politbüros heruntergestuft und Michail Kalinin sowie Kliment Woroschilow stiegen zu Vollmitgliedern des Politbüros auf (*Conquest 1991, 136*). Der ursprüngliche Kernpunkt dessen, was als Trotzki-Sinowjew-Block oder Linke Opposition bekannt wurde, war der Angriff auf Stalins

These vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande (*McNeal 1988, S. 96*). Kalinin, Woroschilow und die anderen Mitglieder des Politbüros – Nikolai Bucharin, Alexej, Rykow und Michail Tomski – unterstützten Stalins Position, die dann 1926 mit überwältigender Mehrheit vom Zentralkomitee der Partei bestätigt wurde; nur eine Handvoll ZK-Mitglieder waren dagegen (*Conquest 1991, 137*). Daraufhin wurde Sinowjew aus dem Politbüro entfernt; ein paar Wochen darauf auch Trotzki, und Kamenew verlor seine Position als Kandidat des Politbüros. Der Trotzki-Sinowjew-Block blieb bei seiner Oppositionshaltung mit immer neuen Themen, immer auf der Suche nach einem Sieg gegen Stalin.

Das Zentralkomitee hingegen blieb bei der von Lenin eingeführten Tradition, dass diejenigen, die eine von der Mehrheit scharf abweichende Position bezogen, in verantwortungsvollen Positionen verbleiben sollten, solange sie willens waren, die Parteipolitik umzusetzen. Im Juli 1927 setzte Stalin die Frage des Ausschlusses von Trotzki und Sinowjew auf die Tagesordnung einer Sitzung des Zentralkomitees, bekam aber zu wenig Stimmen und musste sich mit einer an sie ausgesprochenen Warnung zufrieden geben (*McNeal 1988, 104*). Im Oktober stellte er mit Blick auf ihre weiterhin andauernden fraktionellen Aktivitäten die Frage erneut. Trotzki und Sinowjew wurden aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, aber nicht aus der Partei (105). Im November behauptete Stalin, es gebe verlässliche Beweise dafür, dass die Opposition für den 7. November – während der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution – einen Staatsstreich geplant habe, den Plan aber abgeblasen habe als klar wurde, dass die Partei darauf werde reagieren können. Trotzdem nahmen die Trotzkiisten und Sinowjewisten an den großen Straßendemonstrationen am 7. November teil, wobei beide Gruppen ihre eigenen Losungen zeigten (*Conquest 1991, 139; History 1939, 285*). Am 14. November schloss das Zentralkomitee Trotzki und Sinowjew aus der Partei aus; Kamenew und andere Mitglieder der Opposition wurden aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Ende November oder Anfang Dezember lehnte das Politbüro Stalins daraufhin erhobene Forderung nach ihrer Verhaftung ab (*McNeal 1989, 105-106*).

Ideologische Fragen waren ein Schwerpunkt der Vorbereitungen für den 15. Parteitag der Partei im Dezember 1927. Die Trotzkiisten und Sinowjewisten druckten und verteilten ihre eigenen Programme illegal. Ein Hauptpunkt war ihre Einschätzung, dass die Oktoberrevolution eher die Vollendung der bürgerlichen Revolution in Russland als eine sozialistische Revolution war. Sie wiesen den Gedanken eines Bündnisses mit der mittleren Bauernschaft zurück und riefen zu einer Beschleunigung des Tempos der Industrialisierung (Super-Industrialisierung) durch Verstärkung der Forderungen gegenüber der Bauernschaft auf. «Während der Parteidiskussion vor dem Parteitag erhielt die Opposition etwa 6 000 Stimmen gegenüber 725 000 Stimmen, die für die Thesen des Zentralkomitees stimmten.» (*Popow 1932, 323*)

Der 15. Parteitag im Dezember 1927, der etwa zwei Wochen dauerte, wies wieder-

um mit überwältigender Mehrheit die Position der Linken Opposition zurück. 75 führende Mitglieder der Opposition (unter ihnen Kamenew) wurden aus der Partei ausgeschlossen. Am nächsten Tag legte die Sinowjew-Gruppe, aber nicht Trotzki und seine Anhänger, eine Stellungnahme vor, in der sie sich zu ihrer Verletzung der Parteidisziplin bekannten und die Fehlerhaftigkeit einer Sichtweise einräumten, die den sozialistischen Charakter der Revolution, den sozialistischen Charakter der staatlichen Industrie, den sozialistischen Entwicklungsweg auf dem Lande unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur und die Politik des Bündnisses des Proletariats mit der großen Masse der Bauernschaft auf der Basis des sozialistischen Aufbaus und der Diktatur des Proletariats in der UdSSR bestritt. Allerdings sagten sie nicht, dass dies ihre Positionen waren (*Popow 1934, 327- 338*).

Der Parteitag antwortete, dass eine Wiederaufnahme in die Partei individuelle Stellungnahmen voraussetzen würde, auf die eine sechsmonatige Wartezeit folgen müsse, um festzustellen, ob sie ihre Versprechungen, die Parteipolitik zu befolgen, auch einhalten (*328*).

1928 wurden Trotzki und viele seiner Anhänger, die unter diesen Bedingungen nicht um Wiederaufnahme ersucht hatten, nach Sibirien und anderen Regionen der UdSSR verbannt (Trotzki nach Kasachstan). 1929 wurde Trotzki, nachdem er seine Bemühungen nicht aufgegeben hatte, aus der Ferne eine organisierte Opposition aufrecht zu erhalten, aus der UdSSR ausgewiesen.

Der 15. Parteitag legte Direktiven für den Weg der ökonomischen Entwicklung fest. Er entschied, dass

«bezüglich der Elemente privater kapitalistischer Ökonomie, die stark angestiegen sind, wenn auch geringer als der sozialistische Sektor der Wirtschaft, eine Politik sogar noch stärkeren Ausquetschens verfolgt werden kann und muss» (*Popow 1934, 344*).

Der sozialistische Sektor sollte durch den Entwurf eines Fünfjahresplanes, rapide Industrialisierung bei besonderer Betonung der Schwerindustrie und durch die Kollektivierung der Landwirtschaft gestärkt werden.

Wie man aus diesen Ereignissen sehen kann, gab es auf der Ebene des Politbüros immer noch eine kollektive Führung und das Politbüro war dem Zentralkomitee immer noch ernsthaft rechenschaftspflichtig. Starke Meinungsverschiedenheiten wurden ohne persönliche Beschuldigungen toleriert. Innerhalb der Partei wurde Stalins zum Vorschein kommende Tendenz zu physischer Unterdrückung der Opposition durch das Politbüro eingeschränkt.

Die Rechte Opposition

Wie Keeran und Kenny ausführen, entwickelte sich Bucharin zur führenden Persönlichkeit der Rechten Opposition. Nach der Niederlage der Linken Opposition

musste die Stalinsche Führung sich in der Innen- und Außenpolitik mit dem auseinandersetzen, was sie für die Gefahr von Rechts hielt.

Auf die internationale Seite der rechten Tendenzen war das Hauptaugenmerk des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) gerichtet, der von Juli bis August 1928 unter dem Vorsitz von Bucharin abgehalten wurde. Der Kongress unterstützte sehr stark die antikolonialen Kämpfe. Er diente als Forum für afroamerikanische Kommunisten, die den Lippenbekenntnissen des rechtsopportunistischen Führers der KPUSA, Jay Lovestone, zugunsten der antirassistischen Kämpfe sehr kritisch gegenüber standen. Aber der Kongress übernahm auch die von Stalin eingeführte Position – in die Redewendung «Klasse gegen Klasse» gekleidet –, dass die größten Feinde der Arbeiterklasse nicht die Kapitalisten waren, sondern die Sozialdemokraten, insbesondere die linken Sozialdemokraten, die als Hauptstütze der Kapitalisten in den Arbeiterbewegungen fungierten. Während des Ersten Weltkrieges hatte Lenin die Sozialdemokraten, die ihre imperialistischen Regierungen unterstützten, als «Sozialimperialisten» bezeichnet. Jetzt wurde für die Sozialdemokraten der Begriff «Sozialfaschisten» geprägt. Dies sollte innerhalb der gesamten kommunistischen Weltbewegung katastrophale Auswirkungen haben und zu einer Unterschätzung der faschistischen Gefahr führen. Es war schlimm genug, dass die Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht an der Bildung einer antifaschistischen Allianz mit den Kommunisten interessiert waren, aber es sollte sich als ziemlich unmöglich erweisen, mit den einfachen Mitgliedern der Sozialdemokratie eine antifaschistische Volksfrontstrategie zu verfolgen, wenn man die Organisationen dieser Mitglieder als sozialfaschistisch bezeichnete. Die Extreme, zu denen dies in den USA führte, sieht man in einem Cartoon von Gropper aus den 30er Jahren im Daily Worker, in dem Floyd B. Olson, der Kandidat der Farmer-Labor Party in Minnesota für den Gouverneursposten, als Sozialfaschist abgestempelt wurde. Olson war ein linkspopulistischer, weithin von fortschrittlichen Menschen unterstützter Führer und wird von einer Quelle aus dem Mainstream folgendermaßen charakterisiert:

«Olson bekam im Jahre 1933 landesweite Aufmerksamkeit, als er drohte, das Kriegsrecht zu verhängen und Privatbesitz zu beschlagnahmen, falls die Legislative nicht Unterstützungsmaßnahmen für die von der Depression Betroffenen beschließen würde. Er setzte sich sehr für den New Deal ein und ordnete ein zweijähriges Moratorium für Zwangsvollstreckungen gegen Farmen aufgrund unbezahlter Hypothekenschulden an. Außerdem setzte er Sozialhilfe für die Arbeitslosen durch und stellte sich in einer Streikserie nach 1934 offen auf die Seite der Arbeit.» (*Columbia Encyclopedia 2001*)

Auf Drängen Georgi Dimitroffs ließ die Komintern auf ihrem 7. Weltkongress 1935 das Konzept «Klasse gegen Klasse» fallen und nahm die erfolgreiche Volksfrontstrategie an. In Minnesota brachte die Kommunistische Partei Kräfte in die Farmer-Labor Party ein und erreichte, dass ein Sympathisant der Kommunisti-

schen Partei, John Bernard, 1936 in den Kongress der USA gewählt wurde. (Tatsächlich trat Bernard anlässlich der Feier seines 85. Geburtstages in Minnesota im Jahre 1978 in die Kommunistische Partei ein. Bei dieser Gelegenheit enthüllte er, dass er und der Kongressabgeordnete der American Labor Party Vito Marcantonio nach ihrer Ankunft in Washington auf den Treppen des Kapitols die «Internationale» gesungen hatten.)

Auf der Linie der Beschlüsse des 15. Parteitages wurde der erste Fünfjahrplan für 1928-1932, der eine intensive Industrialisierung vorsah, durchgeführt. Das Ziel für die Getreideproduktion lag bei 250 Prozent des Standes vor dem Plan. Der Plan sah vor, dass 20 Prozent der bäuerlichen Haushalte Kollektivfarmen beitreten sollten. Bucharin favorisierte einen langsameren Fortschritt in Landwirtschaft und Industrie und wurde zum führenden Ideologen der Gegner von Stalins Politik rapider wirtschaftlicher Entwicklung. Keeran und Kenny führen an, dass «Bucharin die Zugeständnisse der NÖP an die Bauern, den Markt und den Kapitalismus als langfristige Politik ansah, während sie für Stalin ein zeitweiliger Notbehelf waren». 1927-1928 «wollte Bucharin sich auf den freien Markt stützen und die Bauern ermutigen, mehr Getreide zu produzieren, indem er ihnen mehr Konsumgüter anbot». Außerdem «war Bucharin gegen ein schnelleres Tempo bei der Industrialisierung, wenn es sich für die Bauern nachteilig auswirken würde» (*S. 18-19*).

Keeran und Kenny erwähnen die darauf folgende erzwungene Kollektivierung nur im Vorübergehen und ignorieren ihre Konsequenzen und ihren Charakter als Wendepunkt in der Art, in der es Stalin erlaubt wurde, mit Opposition zu seiner Politik umzugehen.

Mit der Bewegung hin zu Kollektivfarmen in dieser Zeit waren zwei Absichten verknüpft. Der Mangel an Produkten auf dem Markt führte viele Bauern dazu, nur für den eigenen Verbrauch zu produzieren. Wenn sie einen Überfluss produzierten, versuchten sie, seine Größe zu verstecken, um staatliche Beschlagnahme des Überflusses zu vermeiden; und sie hielten ihn vom Markt fern, um höhere Preise zu erzielen. Der Staat brauchte landwirtschaftliche Produkte, um die Arbeiter zu ernähren und als Ressource für die Industrialisierung. Bei Kollektivfarmen würde es für die Regierung leichter sein, die Größe der Ernte und ihren Verbleib festzustellen. Ein zweiter Aspekt, der wahrscheinlich als ebenso wichtig angesehen wurde, war die Rolle der Kollektivfarmen bei der Entwicklung eines sozialistischen Bewusstseins bei den Bauern. Eine Resolution des 16. Parteitags der KPdSU von 1930 bezeichnete die Kollektivfarmen als

«nur den Anfang einer neuen sozialen Disziplin und der Aufgabe, die Bauern sozialistischen Aufbau zu lehren. In den Kollektivfarmen werden die Bauern ihre Kleineigentümer-Psychologie nicht einfach so überwinden – den Drang nach privater Akkumulation, ererbt aus Generationen kleiner Privatbesitzer –, sondern nur als Ergebnis von Jahren beharrlicher Arbeit, die darauf ausgerichtet ist, die Kollektivfarmen auf die Basis mechanisierter Großlandwirtschaft zu stellen; aus den Rei-

hen der Kollektivbauern Kader zu entwickeln und das kulturelle Niveau der ganzen Masse der Kollektivbauern zu heben.» (*Popow 1989, 422*)

Die Ergebnisse waren von Anfang an katastrophal. Die örtlichen Behörden legten Beschaffungsquoten fest, die durch die Beschlagnahme der Ernten auf der Basis behördlicher eigener Schätzung der Ernteerträge der Bauern erreicht wurden. Da die Einkommen der Bauern, die der Kollektivwirtschaft beitraten, auf ihrer täglichen Arbeitszeit basieren sollten und unabhängig von der Größe des Landes oder der Anzahl Vieh waren, die sie in die Kollektivwirtschaft einbrachten, schlachteten die Bauern, die meist nicht ideologisch durch den Sozialismus motiviert waren, oft lieber ihr Vieh, als es in die Kollektivfarm einzubringen.

Außerdem muss man sich im Lichte der neueren Erfahrung Chinas und Vietnams fragen, welchen Vorteil die Bildung der Kollektivfarmen unter den Bedingungen des niedrigen Niveaus der Mechanisierung bieten konnte, das noch bis in die 50er Jahre hinein in der sowjetischen Landwirtschaft vorherrschte. In den 70er Jahren gaben erst Vietnam und dann auch China ihren Kollektivbauern die Wahlfreiheit, entweder in den Kollektivfarmen (bzw. Kommunen) zu bleiben, oder zur familiären Bauernarbeit zurückzukehren. Die überwältigende Mehrheit wählte die familiäre Bauernarbeit. Im Falle der Getreideproduktion erweist sich die Arbeit von früh bis spät, die familiäre Landwirtschaft ermöglicht, selbst in der hochmechanisierten Landwirtschaft der Vereinigten Staaten, Kanadas und Westeuropas als vorteilhafter als die Arbeit von Landarbeitern in einer Großfarm. Daher sind landwirtschaftliche Großbetriebe in der Getreideproduktion immer noch eine Seltenheit.

Keeran und Kenny vertreten die Meinung, und sie führen dabei Vietnams und Chinas Abrücken von kollektiver Landwirtschaft als Beispiel an, dass «die Landwirtschaft vielleicht die große Ausnahme von der allgemeinen Regel ist, dass im ersten Stadium des Sozialismus der sozialistische Staat daran arbeitet, mit der Zeit den Markt einzudämmen». Ohne irgendeinen Versuch der Erklärung im ganzen Buch, außer ihrer Aussage, dass Stalin der Meinung war, eine solche Ausnahme würde Klein-Kapitalismus unter der Bauernschaft fördern (20), sagen sie, dass die Sowjetunion über diesen Luxus nicht verfügte (198). Ein Argument Lenins für die Kollektivierung war, dass sie ein echtes in Folge der Landreform nach der Oktoberrevolution entstandenes Problem lösen würde: Die Abnahme der durchschnittlichen Größe des individuellen bäuerlichen Grundbesitzes, da das Land nach dem Tod der Eltern unter den Geschwistern aufgeteilt wurde. Im sozialistischen Polen, das seine Landwirtschaft nur geringfügig kollektiviert, wurde mit diesem Problem so umgegangen, dass das Land an das älteste Kind überging, welches wiederum gesetzlich verpflichtet war, seine oder ihre Geschwister auszuzahlen, falls diese nicht die Rolle des ältesten Kindes in der Erbfolge annehmen wollten.

Der Kollektivierungsplan war von einem Plan zur Einschränkung der Rolle der Kulaken, der reicheren Bauern begleitet. Richard Conquest bemerkt, dass 1927 die reichsten Bauern für eine durchschnittlich aus sieben Menschen bestehende Fami-

lie zwei oder drei Kühe hatten und bis zu 25 Morgen (*à 4 047 qm, der Übersetzer*) Ackerland (1991, 144). Die reicheren Bauern waren meist in der Farmarbeit besser ausgebildet, und auch wenn einige von ihnen Bauernarbeit ausbeuteten, wenn zusätzliche Kräfte benötigt wurden, waren die ärmeren Bauern oft von ihrer Unterstützung während schlechter Ernten wegen Trockenperioden, Überflutungen oder anderen Katastrophen abhängig.

Die Strategie für die Kollektivierung enthielt keinen Ersatz für diese Rolle der Kulaken als Hilfe für die ärmeren Bauern in schlechten Zeiten. Die Risiken einer vorzeitigen Eliminierung der reicheren Bauern in einer patriarchalischen, ländlichen Wirtschaft zeigten sich in den Erfahrungen der marxistisch geführten Regierung in Afghanistan. Eine ostdeutsche Bekannte, die als Beraterin der afghanischen Regierung arbeitete und während des Kampfes gegen die CIA-gesponserten Konterrevolutionäre die afghanischen Militäroffiziere in die Dörfer begleitete, beschrieb mir die schweren Fehler, die diese Offiziere machten. Sie sollten dort das Land der größeren Grundbesitzer an die ärmeren verteilen. Meine Bekannte berichtete, dass die den armen Bauern über den Klassenkampf erteilten Lektionen auf taube Ohren trafen, weil so viele Bauern an eine symbiotische Beziehung zwischen sich und der afghanischen Variante der Kulaken glaubten. Die Bauern halfen schließlich den Konterrevolutionären, vor allem weil viele Mullahs aus «Kulaken»familien kamen.

Drei Mitglieder des Politbüros – Bucharin, Rykow und Tomski – sowie viele untergeordnete Parteiführer waren wegen des starken Drucks auf Kollektivierung und aufgrund der Vorbereitungen für einen Kampf gegen die Kulaken ernstlich besorgt. Sie schlugen niedrigere Zielzahlen für die industrielle und landwirtschaftliche Produktion sowie eine stärkere Nutzung von Marktkräften vor. Ihre Vorschläge zum Umgang mit der Bauernschaft hätten, verglichen mit dem realen Ergebnis von Stalins Landwirtschaftspolitik, zu einer viel größeren landwirtschaftlichen Produktion geführt. Trotz ihres Rufs nach einer Verlangsamung der Industrialisierung hätten ihre Vorschläge zum Umgang mit der Bauernschaft tatsächlich mehr Getreide ergeben, so dass sogar ein höheres Tempo der Industrialisierung während des Fünfjahrplans ermöglicht worden wäre.

Während es für den Ruf der neuen Opposition nach mehr Freiheit für Marktkräfte auf dem Lande große Unterstützung gab, fand ihre Forderung nach Verlangsamung des Tempos der Industrialisierung wenig Anklang unter anderen Mitgliedern des Politbüros, besonders auch nicht unter den einfachen Parteimitgliedern. Mit dem Fortgang der Auseinandersetzungen in den Jahren 1928 und 1929 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Bucharin und Stalin, und was sich zur Rechten Opposition gegen Stalins Wirtschaftspolitik entwickeln sollte, schloss sich um Bucharin zusammen. Obwohl Stalin auf einer gemeinsamen Sitzung des Politbüros und des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission im Februar 1929 Bucharin anklagte, «einen Block mit den Trotzkisten gegen das Zentralkomitee» aufbauen zu

wollen, war die Sorge über die politische Stabilität angesichts der potentiell explosiven Situation auf dem Lande im April so groß, dass Stalin sich mit einer relativ milden Rüge und mit der Ablösung Bucharins und Tomskis von ihren Ämtern außerhalb der Partei begnügen musste. Bucharin wurde aus dem Herausgeberkreis der «Prawda» gestrichen und als Vorsitzender der Komintern abgelöst, Tomski konnte nicht Vorsitzender des Gewerkschaftsrates bleiben – aber sie blieben Mitglieder des Politbüros (*McNeal 1989, S.120-124*).

Die Idee, die Sozialisierung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebte, zu beschleunigen, war für die Parteimitglieder überall attraktiv. Die Initiative für die Kollektivierung musste von der Arbeiterklasse und ihrer Partei ausgehen, nicht von der Bauernschaft. Hatte der Prozess der Kollektivierung einmal begonnen, war die Versuchung, sie mit allen Mitteln so weit wie möglich zu forcieren, unter den Arbeitern stark, auch wenn so das Prinzip der Freiwilligkeit verletzt wurde. Trotz des begrenzten Ziels, im Fünfjahrplan 20 Prozent zu erreichen, setzte sich unter den Parteifunktionären in vielen Regionen des Landes der Wunsch durch, diese Zielzahl zu übertreffen, so dass Bauern ihr Vieh lieber schlachteten, als es in die Kollektive einzubringen. Anfang 1930 traten – freiwillig oder unfreiwillig – 14 Millionen bäuerliche Haushalte in die Kollektivfarmen ein (*Conquest 1991, 160*).

Am 2. März 1930 wurde ein Artikel Stalins unter dem Titel «Vor Erfolgen von Schwindel befallen» veröffentlicht. «Als Warnung an diejenigen, die sich durch den Erfolg der Kollektivierung so hatten mitreißen lassen, dass sie grobe Fehler begingen und von der Parteilinie abwichen, indem sie versuchten, die Bauern zu zwingen, den Kollektivfarmen beizutreten» (*History 1939, 308*). Kurz darauf wurden die anvisierten Kollektivierungsquoten reduziert; neun Millionen bäuerliche Haushalte durften die Kollektivfarmen verlassen und das Gesetz über die Kollektivfarmen modifizierte den Charakter der Kollektive. Aus «Kommunen», in denen alle Arbeitsmittel und alles Vieh allen gemeinsam gehörte, wurden «Artels» (*McNeal 1989, 128; Conquest 1991, S. 160*), «in denen nur die wichtigsten Produktionsmittel, vor allem die für den Getreideanbau benötigten, kollektiviert werden; während das Land der Haushalte, die Wohnungen, ein Teil des Milchviehs, kleine Tiere, Geflügel usw. unkollektiviert bleiben» (*History 1939, 308*).

Ende Januar 1929 hatte Stalin bereits eine Änderung der Politik verkündet: Es ging nicht mehr um «Einschränkung» der Kulaken, sondern um ihre «Eliminierung». Ihr Eigentum sollte beschlagnahmt werden, die Kulakenfamilien, einschließlich der weniger reichen «Subkulaken» wurden in entlegene Gegenden deportiert und Kulaken, die als weniger schädlich galten, wurden auf kleineren Parzellen außerhalb der Kollektivfarmen neu angesiedelt (*McNeal 1991, 128-130; Conquest 1991, 158-161*).

Stalin stellte das Grundprinzip der Eliminierung der Kulaken folgendermaßen dar: «Die letzte Hoffnung der Kapitalisten aller Länder, die davon träumen, in der

UdSSR den Kapitalismus wieder herzustellen – ‚das heilige Prinzip des Privateigentums‘ – bricht in sich zusammen und verschwindet. Die Bauern, die sie als das Material betrachten, das dem Kapitalismus den Boden bereitet, geben in Massen das gelobte Banner des ‚Privateigentums‘ preis und gehen den Weg der Kollektivierung, den Weg des Sozialismus. Die letzte Hoffnung für die Wiederherstellung des Kapitalismus zerbröckelt.» (*zitiert in History 1939, S. 305*)

Es lohnt sich festzuhalten, dass die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens und Polens, wo die Landwirtschaft nicht kollektiviert wurde, gegenüber den anderen sozialistischen Ländern nicht zurückblieb. Unter der Bauernschaft gab es sehr wenig kapitalistische Akkumulation, trotz ihrer privat geführten Gehöfte.

Die Kulaken wehrten sich natürlich mit allen möglichen Mitteln, einschließlich der Vernichtung ihres eigenen Viehbestandes und ihrer eingelagerten Ernte, Sabotage, Bestechung und sogar Mord gegen die Enteignung ihres Eigentums und verschlimmerten so das Chaos, das durch die erzwungene Kollektivierung sowieso schon bestand. Um die immer geringer werdende Menge landwirtschaftlicher Produkte, die der staatliche Sektor durch den normalen Verkauf zu festgesetzten Preisen und Steuern erhielt, wettzumachen, wurde die erzwungene Kollektivierung wieder aufgenommen – das Planziel wurde gegenüber dem ursprünglichen Plan verdreifacht, so dass das Getreide leichter beschlagnahmt werden konnte, und zwar in Mengen, die den Bauern manchmal nicht auch nur das Minimum für ihre Existenz beließ. Um die Flucht der Bauern in die Städte zu verhindern, wurde ein Passsystem für das Inland entwickelt. Die Arbeiter erhielten solche Pässe, aber die Bauern nicht – praktisch wurden die Bauern auf einen halbfeudalen Status zurückgeworfen. In der daraus resultierenden Hungersnot von 1932-1933 starben Millionen. In den 20 er Jahren drängte Stalin, als er die Vorschläge der Linken und der Rechten Opposition zurückwies, auf Mäßigung gegenüber der Bauernschaft – im Sinne von Lenins NÖP des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft bei Einschränkung der Rolle der Kulaken. 1930 aber, als Stalin seine Politik der Eliminierung der Kulaken und der erzwungenen Kollektivierung begann, gab er Lenins Bündnispolitik auf und ersetzte sie durch etwas, das sich als Klassenkrieg gegen die Bauernschaft entpuppte.

Zum Ende des ersten Fünfjahrplanes war die Getreideproduktion geringer als vor der Oktoberrevolution; der Viehbestand hatte sich halbiert. Die über die Planerfüllung veröffentlichten Zahlen waren durch eine Veränderung bei der Ermessung von landwirtschaftlichen Statistiken gefälscht worden, wie Chruschtschow später enthüllen sollte, und selbst noch in den frühen 50 er Jahren war die Getreideproduktion kaum höher als vor der Revolution.

Zum Ende des zweiten Fünfjahrplanes stagnierte die Landwirtschaft immer noch, aber große Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse waren erreicht worden. Der große Fortschritt bei der Industrialisierung führte zu mehr Konsumgütern und lieferte Ressourcen für den Ausbau sozialer Leistungen in der Er-

ziehung, dem Gesundheitswesen und der Kultur. Wie schon vorher erwähnt, zeigen aber die Erfahrungen Chinas und Vietnams, dass bei einem geringen Mechanisierungsgrad Kollektivfarmen nicht so produktiv sein können wie Familienbetriebe. Die Möglichkeit sogar noch größerer Fortschritte bei der Industrialisierung der UdSSR wurde so verspielt. Die Entfremdung der Bauernschaft zum Sozialismus wurde gesteigert, nicht ihre Verbundenheit mit ihm.

Die Einführung von Zielzahlen für die Kollektivierung erforderte den Einsatz extremer und brutaler Gewalt. Von da an wandte Stalin zunehmend Einkerkerung und Vernichtung als Mittel des Umgangs mit Opposition gegen seine Politik an.

Die übliche Erklärung für die erzwungene Kollektivierung ist, dass sie die Beschlagnahme der bäuerlichen Ernten als wichtigste Ressource für die Industrialisierung erleichterte. Aber es gibt keinen Grund, warum die Besteuerung privater Haushalte nicht dem gleichen Zweck hätte dienen können.

Chruschtschow

Nikita Chruschtschow folgt in Keeran und Kennys Liste der Hauptverräter am Sozialismus in der UdSSR direkt auf Bucharin. Die Autoren erklären ziemlich mitreißend, dass «alle bedeutenden innenpolitischen Maßnahmen Chruschtschows nicht die beabsichtigten Ergebnisse brachten» (27). Sie bringen dafür zu viele Beispiele, um sie hier alle zu diskutieren, und es stimmt, dass Chruschtschow zum Zeitpunkt seiner Entfernung vom Amt des Parteiführers mit als «irrwitzig» charakterisierten Projekten in Verbindung gebracht wurde. Eines davon wird von Keeran und Kenny erwähnt; seine Forderung nach einem spektakulären Sprung vorwärts in der Produktion von Milch, Fleisch und Butter, um den Westen in drei bis vier Jahren zu überholen (26). Sie hätten Chruschtschows Großtuerie mit Stalins nicht eingelöster Prahlerei vergleichen können, dass mit seinem Plan groß angelegter Kollektivfarmen «unser Land in etwa drei Jahren zu einer der reichsten, wenn nicht zu der reichsten Kornkammer der ganzen Welt werden wird» (*Conquest 1991, 156*).

Einige von Chruschtschows politischen Entscheidungen, für die er kritisiert wurde, waren eigentlich nicht unvernünftig – wenn sie denn korrekt durchgeführt worden wären. Keeran und Kenny machen Chruschtschow für die «Demontage der staatlichen Traktoren-Stationen» (2004, S. 27) verantwortlich, die sie als eine ideologisch motivierte Missachtung von «Stalins letzten Äußerungen über die sowjetische Wirtschaft» betrachten. Sie schreiben, dass «Stalin gesagt hatte, die Richtung der sowjetischen Entwicklung sollte hin zu einer Vergrößerung des staatlichen Sektors (statt der Kollektivfarmen) gehen». Sie argumentieren weiter, dass die Politik, die Maschinerie auf die Kollektivfarmen umzuwidmen, «sich zu einem echten Fehler auswuchs» (29). Es geht hier um zwei Themen. Eines hat mit der Produktivität der Landwirtschaft zu tun. Kollektiver Besitz an Farm-Maschinerie, obgleich vielleicht in der UdSSR ohne ausreichende Vorbereitung eingeführt, kann nicht als irr-

witziges Projekt bezeichnet werden. Die Tschechoslowakei, die DDR, Ungarn und Bulgarien machten kurz darauf genau das Gleiche – ohne dass darauf Klagen gefolgt wären, dies hätte nicht zu einer Produktivitätssteigerung geführt. Albanien und Rumänien blieben beim staatlichen Besitz an Maschinen und Traktoren-Stationen – und ihre Landwirtschaft war eine reine Katastrophe.

Das zweite Thema – die Überführung staatlichen Eigentums hin zu gemeinschaftlichem Eigentum – wird als ideologische Frage aufgeworfen. Die staatlichen Maschinen-und-Traktoren-Stationen wurden zuerst aufgebaut, nachdem der Kollektivierungsprozess begonnen hatte, weil die den Kollektiven zur Verfügung gestellte Maschinerie von den Bauern aufgrund ihrer mangelnden technischen Kenntnisse beschädigt wurde. Jede Maschinen-und-Traktoren-Station wurde mit ausgebildeten Arbeitern ausgestattet, die Arbeitsverträge der Kollektivfarmen unterzeichneten. Ohne Marktkräfte oder Wettbewerb hatten die Stationen, deren Arbeitskräfte festgelegte Löhne und Gehälter erhielten, keine materiellen Anreize, um effiziente Leistungen für eine Getreideproduktion zu leisten, die Arbeit von früh bis spät erfordert. Chruschtschow schlug deshalb vor, die Maschinerie den Kollektivfarmen zu übergeben, weil zu diesem Zeitpunkt aus den Kooperativen heraus ausgebildetes Bedienungspersonal entstanden war. Dieses Bedienungspersonal hätte ein materielles Interesse, gute Arbeit zu leisten, weil ihr Einkommen stärker an die Ergebnisse der von ihnen geleisteten Arbeit gebunden werden könnte. Aus Sicht von Keeran und Kenny hätte der formale Eigentumsstatus als wichtiger als das Produktivitätswachstum eingeschätzt werden sollen. In ihrer mechanistischen Vorstellung von sozialistischem Aufbau ist es ein Rückschritt hin zum Kapitalismus, staatliches Eigentum an bäuerliche Kollektive zu übergeben, auch wenn dies einen wirtschaftlichen Nutzen erbringt.

Keeran und Kenny bezeichnen die Kultivierung von Neuland als eines der Kernstücke von Chruschtschows landwirtschaftlichen Initiativen (27). Sie sagen, dass «die Neulandkampagne, als Politik gesehen, eine Katastrophe war» (29). Eine Enzyklopädie schreibt darüber:

«Die Neulandkampagne hatte ihre Fehler. Sie hat viel Arbeit und Maschinerie gekostet, mehrere Male blieb die Ernte durch Dürreperioden weit unter den Zielzahlen. Trotzdem war das Programm insofern erfolgreich, als die Getreideproduktion der UdSSR sich dauerhaft erhöhte; sie stieg von durchschnittlich 84 Millionen Tonnen zwischen 1950 und 1954 auf durchschnittlich 131 Millionen Tonnen zwischen 1960 und 1964. Durch das zusätzliche Getreide hatte die UdSSR mehr Viehfutter, so dass die Fleisch- und Milchproduktion stark anstieg. Der Nahrungsmittelkonsum der gesamten sowjetischen Bevölkerung nahm zu. 1970 lieferten die neuen Ländereien noch 35 bis 40 Prozent der Getreideernte des gesamten Landes» (*Microsoft Encarta Encyclopedia 2002*).

Ganz oben auf Keeran und Kennys Liste der verräterischen Aktionen Chruschtschows ist seine «übertriebene, einseitige und unvollständige» Behand-

lung Stalins auf dem 20. Parteitag der KPdSU. Sie schreiben:

«1956 konzentrierte sich Chruschtschow auf Stalins angebliche Repressalien gegen Parteiführer und behauptete, dass die Hälfte der Delegierten des 17. Parteitages und 70 Prozent des Zentralkomitees getötet wurden. Stalins Biograph, Ken Cameron, kam zu dem Ergebnis, dass es «schwierig ist, zu glauben dass Chruschtschows Zahlen stimmen». (Nach Auswertung der kürzlich geöffneten sowjetischen Archive haben Wissenschaftler die Gesamtzahl der Exekutionen zwischen 1921 und 1953 mit 799 455 angegeben, also weit weniger als die Millionen, die von Robert Conquest, Roy Medwedjew und anderen antisowjetischen Wissenschaftlern geschätzt werden.)» (S. 27)

Ich kann nicht verstehen, wie es Keeran und Kenny möglich ist, den Mord an Hunderttausenden Kommunisten (ganz zu schweigen den an normalen Bürgern, die nicht in der Partei waren) mit Phrasen wie «angeblich» und «schwer zu glauben» herunterzuspielen oder zu rechtfertigen; oder sogar zu suggerieren, dass eine Zahl von 799 455 statt einer Millionenzahl diese Massenmorde akzeptabler mache. Ich kann nicht verstehen, wie Keeran und Kenny beifällig die Ansichten von Molotow, Malenkow, Kaganowitsch und Woroschilow (die alle selbst Listen mit Exekutionsbefehlen gegen zehntausende Menschen unterzeichnet haben) zitieren, dass Chruschtschows Bericht unausgewogen gewesen wäre, weil er Stalin «seine wertvollen Beiträge nicht positiv anrechnete und die Legitimität eines gewissen Ausmaßes an Repression nicht anerkannte» (23). Tatsächlich sagte Chruschtschow: «Wir müssen bekräftigen, dass die Partei einen schweren Kampf gegen die Trotz-kisten, die Rechten und bürgerliche Nationalisten auszutragen hatte, und dass sie all die Feinde des Leninismus ideologisch entwaffnete. Dieser ideologische Kampf wurde erfolgreich durchgeführt, so dass die Partei gestärkt wurde und den richtigen Härtegrad erreichte. Hierin spielte Stalin eine positive Rolle.» (*Chruschtschow, 1962*)

In seiner Rede auf dem 20. Parteitag berichtete Chruschtschow :

«Es wurde festgestellt, dass von den 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei, die auf dem 17. Parteitag gewählt worden waren, 98 Personen, also 70 Prozent, verhaftet und erschossen wurden (die meisten 1937 und 1938). Wie war die Zusammensetzung der Delegierten des 17. Parteitages? Es ist bekannt, dass 80 Prozent der stimmberechtigten Teilnehmer des 17. Parteitages der Partei in den Jahren der Illegalität vor der Revolution und während des Bürgerkrieges beigetreten waren, also vor 1921. Ihrer sozialen Herkunft nach waren die große Masse der Parteitagsdelegierten Arbeiter (60 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder). Aus diesem Grund ist es unvorstellbar, dass ein so zusammengesetzter Parteitag ein Zentralkomitee wählen würde, dessen Mehrheit sich als Parteifeinde erweisen würde. Der einzige Grund, warum 70 Prozent der auf dem 17. Parteitag gewählten Mitglieder und Kandidaten als Feinde der Partei und des Volkes gebrandmarkt wurden, war, dass ehrliche Kommunisten verleumdet wurden, dass man Anklagen

gegen sie fabrizierte und dass die revolutionäre Gesetzlichkeit ernsthaft unterhöhlt wurde.

Dasselbe Schicksal traf nicht nur die Mitglieder des Zentralkomitees, sondern auch die Mehrheit der Delegierten des 17. Parteitags. Von den 1966 stimmberechtigten oder mit beratenden Rechten ausgestatteten Delegierten wurden 1 108 Personen unter der Anklage antirevolutionärer Verbrechen verhaftet, also deutlich mehr als die Mehrheit. Eben diese Tatsache zeigt, wie absurd, wild und dem gesunden Menschenverstand widersprechend die auf «konterrevolutionäre Verbrechen» lautenden Anklagen gegen, wie wir jetzt wissen, eine Mehrheit der Teilnehmer des 17. Parteitags waren.»

Chruschtschow hätte auch erwähnen können, dass von den sieben Mitgliedern des Politbüros im Jahre 1924 nur Stalin selbst eines natürlichen Todes starb; er war verantwortlich für die Exekution oder den Selbstmord der anderen sechs.

Auf welcher Basis können Keeran und Kenny Kenneth Cameron als die Autorität dafür anführen, dass Chruschtschow die Zahl der hingerichteten Mitglieder des Zentralkomitees und der Parteitagsdelegierten übertrieb? In dem von ihnen zitierten Beleg sagt Cameron, dass es durch eine Rede Andrej Schdanows auf dem 18. Parteitag der KPdSU 1939

«als klar erscheint, dass eine gewisse Zahl prosozialistischer Menschen inhaftiert und einige von ihnen exekutiert wurden. ... Aber es gibt in Schdanows Rede oder im Verlauf des Parteitages keinen Hinweis auf etwas in dieser Größenordnung. ... Der von Molotow angeschlagene positive Ton herrschte vor. Ist es dann glaubhaft, betrachtet man die offensichtlich hohe Moral des Parteitages und seine Unterstützung für die Parteiführung, dass Chruschtschows Zahlen korrekt sind?» (*Cameron 1987, 131-131*)

Hier führt Cameron die gehobene Stimmung zweier eng mit physischen Repressalien verbundener Sowjetführer als Beweis für Chruschtschows Übertreibungen an! Ich weiß nicht, wie viele Exekutionsbefehle Schdanow unterzeichnet hat. Laut Conquest wurden die 383 (auch in Chruschtschows Bericht erwähnten) Listen mit tausenden Namen von zu exekutierenden Menschen von Molotow gegengezeichnet – am 12. März 1937 bestätigten die beiden 3167 Todesurteile (*1991, S. 203*). Kaganowitsch allein unterzeichnete Hinrichtungsbefehle für ungefähr 36 000 Individuen (*Davies u. a. 2003, 35*). Cameron erwähnt ihn nicht, aber ich bin sicher, dass auch Kaganowitsch die gehobene Stimmung von Schdanow und Molotow teilte.

Auf den drei Seiten Camerons, die den von Keeran und Kenny zitierten Seiten vorausgehen, finden wir eine mitfühlende Verteidigung der in der Sowjetunion in den 30er Jahren durchgeführten Massenhinrichtungen, bei der Cameron einfach die Anklagepunkte gegen die Hingerichteten wiederholt: «Beschädigung von Maschinerie, Herstellung fehlerhafter Teile, Materialsendung an falsche Adressaten, Planung von Eisenbahnsabotage, um für Immobilität der Bahn im kommenden Krieg zu sorgen ... Anscheinend die massivste Sabotage in der Geschichte, koordiniert

mit japanischen und Nazikriegsplänen und mit Terrorismus» (*Cameron 1987, 129*). Cameron ignoriert die Tatsache, dass den Angeklagten das Recht auf juristischen Beistand verweigert wurde und dass keine anderen die Anklage bekräftigenden Beweise vorgebracht wurden als die einigen Beschuldigten durch physische und psychologische Folter abgepressten Geständnisse.

Chruschtschow stellte in seinem Bericht fest, dass die meisten Exekutionen von Mitgliedern des Zentralkomitees und den Teilnehmern des Parteitages, die sie gewählt hatten, zwischen 1937 und 1938 stattfanden. Den Hintergrund der Gerichtsverfahren beschrieb er wie folgt:

«Nach dem kriminellen Mord an Sergej M. Kirow begannen Massenrepressalien und brutale Akte der Verletzung sozialistischer Gesetzlichkeit. Am Abend des 1. Dezembers 1934 unterschrieb auf Stalins Initiative (ohne Zustimmung des Politbüros, die dann beiläufig zwei Tage später erfolgte) der Sekretär des Präsidiums des Zentralen Exekutivkomitees, Jenukidse, die folgende Direktive:

1. Ermittelnden Instanzen wird angeordnet, die Fälle derjenigen, die der Vorbereitung oder der Durchführung terroristischer Akte beschuldigt werden, zu beschleunigen.
2. Gerichtlichen Organen wird angeordnet, die Vollstreckung von Todesurteilen, die sich auf Verbrechen dieser Art gründen, nicht aufzuschieben, um die Möglichkeit einer Begnadigung zu prüfen, weil das Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR es nicht für möglich hält, Bittschriften dieser Art entgegenzunehmen.
3. Den Organen des Kommissariats für Innere Angelegenheiten wird angeordnet, die Todesurteile gegen Kriminelle der oben genannten Kategorie unmittelbar nach ihrer Verkündigung zu vollstrecken.

Diese Direktive wurde die Grundlage für massenhafte Akte des Missbrauchs gegen sozialistische Gesetzlichkeit. Während vieler fabrizierter Gerichtsfälle wurden die Angeklagten der «Vorbereitung» terroristischer Akte bezichtigt; dies beraubte sie jeder Möglichkeit, dass ihre Fälle noch einmal untersucht werden könnten, sogar wenn sie vor dem Gericht aussagten, dass ihre «Geständnisse» durch Gewalt herbeigeführt worden waren und auch wenn sie auf überzeugende Art und Weise die Anklagen gegen sich widerlegten.» (*Chruschtschow 1962*)

Es gibt mehr als genug Beweise dafür, dass seit 1928, zur Zeit des Shachty-Falles der fünfzig sowjetischen und drei deutschen Ingenieure (*McNeal 1988, S. 115*), in größeren Verfahren Gewalt angewendet wurde, um falsche Geständnisse zu erpressen. Diese Praxis war zwar auch ohne offizielle Billigung weit verbreitet, bekam aber offiziellen Status, als die Stalinsche Führung das Zentralkomitee der Partei ausdrücklich Folter für die 1937 beginnenden Prozesse erlauben ließ. Das war das Jahr der offenen Prozesse gegen Bucharin und andere früher prominente Kommunisten. Und wieder gründete sich ihre Verurteilung wegen Sabotage, Anschlägen, Spionage und Verschwörung mit Japan, Deutschland und Polen zum Zwecke

des Tausches sowjetischen Territoriums gegen ihre Unterstützung ausschließlich auf die Geständnisse, die durch physische und psychologische Folter ohne andere Beweise erlangt worden waren. In einem Rundschreiben des Zentralkomitees des NKWD und anderer Parteikörperschaften im Jahre 1939 heißt es:

«Das Zentralkomitee der Partei erklärt, dass seit 1937 die Anwendung von Methoden körperlichen Drucks seitens des NKWD erlaubt ist, gemäß der Erlaubnis durch das Zentralkomitee der Partei ... Es ist bekannt, dass alle bourgeoisen Geheimdienste Methoden physischen Einflusses gegen die Repräsentanten des sozialistischen Proletariats anwenden und dass sie diese Methoden in den skandalösesten Formen anwenden. Die Frage erhebt sich, warum die sozialistischen Geheimdienste sich humaner gegen die wahnsinnigen Agenten der Bourgeoisie, gegen die Todfeinde der Arbeiterklasse und der kollektiven Landarbeiter verhalten sollten. Das Zentralkomitee der Partei hält es für richtig, dass körperlicher Druck, als eine sowohl gerechtfertigte als auch angemessene Methode, noch als Ausnahme gegen bekannte und halsstarrige Volksfeinde verpflichtend angewendet werden sollte.» (*zitiert in Conquest 1990, 122*)

Wir wissen aus der Diskussion um die Anwendung der Folter im Irak und in Guantanamo, dass viele Geheimdienstleute die Verlässlichkeit von Informationen anzweifeln, die durch Folter erlangt wurden. Aber ihre Nützlichkeit, Leichtgläubige wie Cameron zu beeindrucken, ist offensichtlich. Es steht jetzt fest, dass wir es hier mit der Anwendung von Folter zu tun haben, um die Opfer zu zwingen, von den Folterern fabrizierte Geständnisse abzulegen.

Keeran und Kenny werfen Gorbatschow die Rehabilitierung Bucharins vor (*2004, S. 115*), der in einem weiteren Prozess, bei dem Folter zur Erpressung von Geständnissen angewendet wurde, verurteilt wurde. Wenn der Prozess von Chruschtschow in seiner Rede auf dem 20. Parteitag auch nicht erwähnt wurde, so schrieb er darüber doch in seinen Memoiren:

«Unmittelbar vor dem 20. Parteitag lud ich den Staatsanwalt, Genossen Rudenko, vor, der an vielen Fällen während der Säuberungen der 30 er Jahre beteiligt war. Ich fragte ihn: «Genosse Rudenko, ich interessiere mich für die öffentlichen Prozesse. Berichten sie mir, wie viel Grundlage an tatsächlichen Fakten gab es für die Anklagen gegen Bucharin, Rykow, Lominadse, Krestinski und so viele andere, dem Zentralkomitee, dem Orgbüro und dem Politbüro gut bekannte Menschen?»

Genosse Rudenko antwortete, dass es vom Standpunkt juristischer Normen überhaupt keine Beweise gab, die eine Verurteilung oder auch nur eine Anklageerhebung gegen diese Männer gerechtfertigt hätten. Die Grundlage ihrer Verurteilung waren persönliche Geständnisse, die man mit körperlicher und psychologischer Folter aus ihnen herausgeprügelt hatte, und durch solche Methoden erpresste Geständnisse sind als legitime Basis dafür, jemanden vor Gericht zu bringen, inakzeptabel.

Trotzdem entschieden wir, über die öffentlichen Prozesse in meiner Rede für den

20. Parteitag nichts zu sagen. In unserem Verhalten in dieser Sache lag eine gewisse Zwiespältigkeit. Der Grund für unsere Entscheidung war, dass Vertreter der mit uns verbrüdernten Kommunistischen Parteien anwesend waren, als Rykow, Bucharin und andere Führer des Volkes angeklagt und verurteilt wurden. Diese Vertreter waren dann nach Hause gefahren und hatten in ihren eigenen Ländern die Richtigkeit der Urteile bezeugt. Wir wollten diese Vertreter der Bruderparteien, die bei den öffentlichen Prozessen anwesend waren, nicht diskreditieren und haben deswegen die Rehabilitierung von Bucharin, Sinowjew und Rykow auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.» (1970, 352-353)

Die Führungsgruppe um Stalin hatte offensichtlich Angst davor, dass sich viele bolschewistische Veteranen in der Militärführung über die ungezügelte Macht, die sie anhäuferten, Sorgen machen könnten. Als offener Versuch, die Säuberungen auf das Militär auszuweiten, gab es in den Verhandlungen der öffentlichen Prozesse Andeutungen über Verwicklungen einiger Militärs in die Fälle. Jetzt aber nahm die Geschichte eine merkwürdige Wendung.

Aus Gründen, die bis heute nicht klar geworden sind (vielleicht hatten sie mit seiner Feindschaft gegenüber dem deutschen Oberkommando zu tun), arrangierte Reinhard Heydrich, der Chef des deutschen Sicherheitsdienstes, dass eine gefälschte Korrespondenz mit den Unterschriften des sowjetischen Marschalls Michail Tuchatschewski, des sowjetischen Botschafters in Berlin, Jakob Suritz, Trotzki und der deutschen Generale Hans von Seeckt und Kurt Hammerstein-Equord die sowjetische Regierung erreichte. Aus deutschen Archiven sind jetzt die Details darüber, wie die Dokumente gefälscht wurden – ja sogar der Name des Fälschers – bekannt (Erickson 433-436, 456-457). Die Verhaftung, der Prozess (mit aus Tuchatschewski und anderen herausgeprägelter Geständnissen) und die Hinrichtung der meisten fronterfahrenen sowjetischen Militärführer folgten unmittelbar. Die unsinnige Ausweitung der Verhaftungen und Hinrichtungen auf die Rote Armee schwächte die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR in erheblichem Maße. Bis Dezember 1938 waren drei von fünf Marschällen hingerichtet, alle 11 stellvertretenden Kommissare für Verteidigung eliminiert, 75 der 80 Mitglieder des Militärrats exekutiert und fast alle erfahrenen Marineoffiziere hingerichtet, ebenso wie 57 der 85 Korps-Kommandeure und 110 der 195 Divisions-Kommandeure (Erickson 1984, 505).

Keeran und Kenny kritisieren Chruschtschow für die «Lockerung der Zensur», die eine Veröffentlichung einiger bis dahin verbotener Romane ermöglichte. «Diese Offenheit», schreiben sie, «brachte als unvermeidbare Nebenwirkung die Verbreitung bourgeoiser Wirtschaftstheorien in sowjetischen akademischen Zirkeln» (31). Tatsächlich war Literatur westlicher Wirtschaftswissenschaftler schon lange in speziellen Bibliotheken verfügbar, aber nur für Wissenschaftler und Forscher im Regierungsauftrag, noch nicht einmal für Studenten der Wirtschaftswissenschaften. Das sogenannte «Tauwetter» hatte sehr enge Grenzen. Sogar 1980 noch, als

ich Gastprofessor an der Moskauer Staatsuniversität war, antwortete der stellvertretende Herausgeber einer führenden Zeitschrift für Philosophie, «Filosofskie Nauki», auf meine Frage, ob er mir den Zugang zu neuerer Literatur über das dialektische Gesetz «Negation der Negation» ermöglichen könne, um interessante politische Implikationen des unter dem Namen «spiralförmige Entwicklung» bekannten Gesetzes zu finden: «Am besten bleibt man politischen Themen in der Philosophie fern.» Die Atmosphäre der Zensur lastete besonders schwer auf den technologischen Gebieten, auch wenn sie überhaupt nichts mit militärischen Fragen zu tun hatten, so dass der internationale Austausch zwischen Wissenschaftlern gehemmt wurde. Als ich lange nach dem 20. Parteitag im sozialistischen Polen als Physiker auf einem Gebiet arbeitete, das von keinerlei militärischer Relevanz war, fanden es meine Kollegen und ich fast unmöglich, mit sowjetischen Kollegen Informationen auszutauschen, außer durch persönlichen Kontakt auf Konferenzen oder bei Austauschbesuchen.

Obwohl Chruschtschow eine eingeschränkte Dezentralisierung einführte, die zunächst einige Verwüstungen verursachte, war damit kein Einbringen von Marktkräften in den staatlichen Sektor verbunden. Der Grund für die Dezentralisation war, dass das Prinzip «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung» nicht durchgeführt werden konnte, weil Arbeiter zu oft untätig bleiben mussten, während die Fabriken auf Materialien warteten, die die Planer eingeplant hatten (oder auch nicht) ohne sich ausreichend darum zu kümmern, wo diese Materialien herkommen sollten.

Die Zweite Wirtschaft

Ein großer Teil von «Socialism Betrayed» ist der Diskussion über die Entwicklung der Zweiten Wirtschaft gewidmet. Dieses Wachstum geht nicht, wie Keeran und Kenny uns glauben machen möchten, auf den wachsenden Einfluss der Rechten in der KPdSU zurück, sondern auf die Unfähigkeit des geplanten Dienstleistungssektors der Wirtschaft, notwendige Güter und Dienstleistungen für die arbeitende Bevölkerung und ihren mit ihrer Bildung, ihren beruflichen Fähigkeiten und ihrer Kultur wachsenden Bedürfnissen bereitzustellen. Schon in der Mitte der 70er Jahre verschwand die Kindersterblichkeitsrate aus den statistischen Jahrbüchern; sie war durch Probleme im Gesundheitswesen und der Kinderversorgung angewachsen. Durch den anhaltenden Mangel an Viehfutter konnte die Planziffer für die Lieferung von Fleischprodukten an die staatlichen Lebensmittelgeschäfte nicht eingehalten werden, so dass viele Familien zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf die Zweite Wirtschaft zurückgriffen. Bei einer Konferenzreise in die UdSSR stellte ich fest, dass die einzige Möglichkeit, zu einer dringend nötigen Absatzerneuerung für einen Schuh zu kommen, darin bestand, mit Hilfe eines sowjetischen Freundes

eine Wohnung in einem dritten Stock aufzusuchen, deren Bewohner sie als geheime Reparaturwerkstatt für Schuhe nutzten. Die staatliche Schuhreparatur hätte eine Wartezeit von 30 Tagen erfordert.

Der endgültige Schlag

Ich habe mit Keeran und Kenny keine Meinungsverschiedenheit über ihre Einschätzung des Verrates von Michail Gorbatschow, der den Gnadenstoß versetzte, der mit der Auflösung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR endete. Im Rückblick ist es klar, dass sich zum Zeitpunkt, als Gorbatschow die Führung in der KPdSU übernahm, die Ökonomien der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Länder in der Krise befanden. Man kann nur darüber spekulieren, ob es schon zu spät dafür war, das sozialistische System mit dem Modell, das wir jetzt in China und Vietnam sehen, noch zu retten. Nach Keeran und Kenny hätte die Fortsetzung der mit Juri Andropow Anfang der 80er Jahre verbundenen Reformen der sowjetischen Wirtschaft die richtige Weichenstellung geben können. Andropows Reformen, so gut sie auch gewesen sein mögen, waren immer noch in einer zentralisierten Planung befangen, die die Leistungsanreize für marktgetriebene technische Entwicklungen, die wir in den kapitalistischen Ökonomien sehen, nicht reproduzieren konnte.

Leider kam die am deutlichsten ausgesprochene Opposition gegen Gorbatschow aus dem ultralinken Flügel der Kommunistischen Partei, was den Zusammenbruch eher verschlimmerte als erschwerte. Zum Beispiel ließ sich Jegor Ligatschow, der führende Opponent Gorbatschows im Politbüro, zu der Verteidigung von Nina Andrejewas Brief vom 13. März 1988 in der «Sowjetskaja Rossija» hinreißen, in dem sie nachdrücklich Stalin verteidigte und Chruschtschow als Erzschorke angriff. Keeran und Kenny schreiben:

«Als die Krise um den Brief Andrejewas einen Monat später endete, hatte Gorbatschow seine linken Kritiker im Politbüro geschlagen und diskreditiert. So markierte die Krise um Andrejewa den entscheidenden Wendepunkt in der Transformation der Perestrojka von einem Andropow-inspirierten Reformversuch innerhalb des traditionellen Zusammenhangs des sowjetischen Sozialismus zu einem offenen Angriff auf die Hauptstützen des Sozialismus – die Kommunistische Partei, das sozialisierte Eigentum und die zentrale Planung.» (116)

Es stimmt, wie Keeran und Kenny sagen, dass Gorbatschow Ligatschows Unterstützung des Briefes von Andrejewa als Vorwand dazu nutzte, Ligatschow anzugreifen und die Reihen der Opposition in Unordnung zu bringen.

Nina Andrejewa wurde später Generalsekretärin der ultralinken All-Unions KP der Bolschewiken. Sie sieht die Volksdemokratische Republik Korea (KVDR) als Modell für den sozialistischen Aufbau und preist Kim Jong Il dafür, das koreanische Volk überzeugend auf den sozialistischen Weg zu führen und die Intelligenz und

Stärke des Volkes unter dem Banner der Juche-Idee allseitig zu entwickeln (KCNA 2000). Sie weist jeden Zusammenhang zwischen Stalin und einem Personenkult zurück. 1992 behauptete sie, ebenso wie Keeran und Kenny, in einer Vorlesung an der Kim-Il-Sung-Universität in Pjöngjang, dass «der Beginn der Degeneration der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zum Opportunismus der 20. Parteitag war». Sie fuhr fort: «Das ideologische Vorspiel und die ideologische Voraussetzung war hier die Kampagne gegen Stalin, die unter dem falschen Slogan der Kritik am «Personenkult» geführt wurde ... Genosse Kim Il Sung sagt zu Recht, dass die treibende Kraft der Revolution und des sozialistischen Aufbaus «nichts anderes als die Einheit zwischen Führer, Partei und den Massen» ist» (1992). Sie rechtfertigt hier tatsächlich den Kult um ein Individuum, wie er sich in dem Slogan «Einheit zwischen dem Führer, der Partei und den Massen» der Juche-Philosophie der KVDR ausdrückt – eines Slogans, der die KVDR-Variante des Personenkultes begründen soll. (*Eine Diskussion des philosophisch gesehen idealistischen Charakters des Juche-Konzeptes findet sich bei Erickson und Marquit, 2002*).

Keeran und Kenny bestreiten, dass Andrejewas Brief antisemitisch war. Der Gebrauch des Antisemitismus durch die dogmatischen Flügel der kommunistischen Parteien in der UdSSR und in Osteuropa war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ungewöhnlich. Offen wurde er im Prozess gegen Rudolf Slansky 1952 in der Tschechoslowakei genutzt. Ich erlebte die Verwendung des Antisemitismus durch eine Flugblattverteilung in einer polnischen Fabrik, die die Arbeiter gegen einen jüdischen Kommunisten aufbringen sollte, der in der Parteikrise von 1956 gegen die Dogmatiker auftrat. In seinen Memoiren berichtet Chruschtschow über Stalins deftige Bemerkungen gegen Juden in privaten Gesprächen, die auch den Spott durch übertriebenes Nachäffen jüdischer Akzente beinhalteten. Stalins Tochter schreibt, dass nach den Säuberungen gegen alte Bolschewiken, von denen viele Juden waren, «der Antisemitismus auf neuen Gebieten und zuallererst in der Partei selbst neu geboren wurde. Hierzu gab mein Vater nicht nur seine Unterstützung; einen guten Teil davon propagierte er höchstpersönlich.» (*Alliyeva 1969, 153*). Die berüchtigste Manifestation des Antisemitismus seitens der Stalinschen Führung war die Auflösung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees im Jahre 1948, der geheime Mord am Präsidenten des Komitees (am Schauspieler Solomon Mikhols), der darauf folgende geheime Prozess und die Hinrichtung von zwölf weiteren Führern des Jüdischen Antifaschistischen Komitees im Jahre 1952 und die Inhaftierung anderer Führer und Mitglieder – die meisten von ihnen waren langjährige Kommunisten und weltberühmte Persönlichkeiten des kulturellen Lebens und Wissenschaftler (*Jennick 1999*).

Die drohende Hinrichtung der neun Ärzte, von denen sechs jüdisch waren, im «Ärztekomplot» in der Sowjetunion wurde nur durch Stalins Tod aufgehalten.

Keeran und Kenny sagen, dass «Andrejewas Brief weit von einem wütenden anti-

semitischen Frontalangriff auf die Perestroika aus neostalinistischer nationalistischer Sicht entfernt» war, im Gegensatz zu den Darstellungen «Gorbatschows, seiner Apologeten und vieler westlicher Kommentatoren» (116). Keeran und Kenny versichern:

«Der Vorwurf des Antisemitismus kam von amerikanischen Journalisten, die eine verborgene Bedeutung in ihrem Gebrauch des Wortes «kosmopolitisch» sahen, mit dem sie «vaterlandslosen Internationalismus» kritisierte.» (117)

Es ist schade, dass Keerans und Kennys Sinn für die Dringlichkeit, Ligatschows Position dem Brief gegenüber zu verteidigen, mit ihrer Fähigkeit kollidiert, Andrejewas Brief genau genug zu lesen.

Es gibt keine «verborgene» Bedeutung im russischen Gebrauch des Wortes «kosmopolitisch»; die Bedeutung ist allen völlig klar. 1948 begann es zu einem Codewort für «Jude» zu werden, um Juden als eine ethnische Gruppe darzustellen, die sich von jedem anderen sowjetischen Volk unterscheidet, da die Juden ein Volk seien, das nicht mit einem speziellen nationalen Territorium innerhalb der Sowjetunion verbunden ist (*Pincus 1988, S. 150-160*). Wenn «Kosmopoliten» nicht als Zionisten angesehen werden konnten, dann wurden sie als Menschen dargestellt, die ihre nationale Entwurzelung mit einem fiktiven «Internationalismus» bemäntelten. In ihrem Brief benutzte sie beide Methoden. Die zweite, indem sie folgendermaßen den jüdischen ethnischen Hintergrund Trotzki anführte:

«Eine andere Besonderheit der Ansichten «linker Liberaler» ist eine offene oder verdeckte kosmopolitische Tendenz, eine Art von nicht-nationalem «Internationalismus». Irgendwo habe ich etwas über einen Vorfall nach der Revolution gelesen, als eine Delegation von Kaufleuten und Fabrikbesitzern bei Trotzki beim Petrograder Sowjet «als einem Juden» vorsprachen, um sich über Unterdrückung durch die Roten Garden zu beschweren, und er erklärte, er sei «kein Jude, sondern ein Internationalist», was die Bittsteller sehr verwunderte.

Nach Trotzki's Ansicht verband sich die Idee des «Nationalen» mit einer gewissen Zurückgebliebenheit und Beschränkung gegenüber dem «Internationalen». Deshalb betonte er die «nationale Tradition» des Oktobers, schrieb über das «nationale Element bei Lenin», behauptete, dass das russische Volk «überhaupt kein kulturelles Erbe» habe und so weiter. Wir sind irgendwie peinlich berührt, wenn wir sagen, dass es wirklich das russische (von den Trotzki'sten als «zurückgeblieben und kulturlos» behandelte) Proletariat war, das – in Lenins Worten – «drei russische Revolutionen» vollbrachte, und dass die slawischen Völker an der Spitze des Kampfes der Menschheit gegen den Faschismus standen.

Und hier noch etwas, das mir Sorgen macht: Die Praxis des «Abgelehntentums» im Sozialismus ist heute mit militantem Kosmopolitismus verbunden.»

Der Begriff «Abgelehnter» wurde für Juden verwendet, denen die Arbeit in bestimmten Bereichen verweigert («abgelehnt») wurde, nachdem sie Auswanderungsanträge nach Israel gestellt hatten. Können also Keeran und Kenny nicht ver-

stehen, dass Andrejewas tatsächlich fanatisch über Juden herzieht? Vielleicht wird ein anderes Beispiel sie überzeugen. In einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten aus dem Jahre 1989 sagte sie:

«In unserer Gesellschaft gibt es weniger als 1 Prozent Juden. Nur wenige also, schön, aber wie kommt es dann, dass in der Akademie der Wissenschaften, in all ihren Abteilungen und allen prestigeträchtigen Berufen und Posten in der Kultur, der Musik, dem Gesetzeswesen es fast nur Juden gibt? Schauen Sie sich die Essayisten und Journalisten an – die meisten sind Juden.

An unserem Institut verteidigen die Menschen aller verschiedener Nationalitäten ihre Dissertationen, aber die Juden tun es illegal.» (*David Remnick, Gorbachev's Furious Critic, Washington Post, 28. Juli 1989*)

Auch wenn Juden in den von ihr erwähnten Berufen oft zu finden sind, stimmt es in keinem dieser Bereiche, dass sie von Juden dominiert werden.

Beim Bestreiten von Andrejewas Zuhilfenahme des Antisemitismus schreiben Keeran und Kenny, dass «noch nicht einmal die offizielle Rüge des Politbüros Andrejewas Antisemitismus vorwarf» (S. 117). Eine Erklärung für diesen Mangel war das Fortbestehen eines latenten Antisemitismus unter sowjetischen politischen Führern sogar noch nach der Stalinperiode, die sich, entgegen Andrejewas Versicherungen, zum Beispiel in unveröffentlichten Quoten für die Zulassung von Juden an die Universitäten und für ihre Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften ausdrückte. Kein Jude war seit der Entfernung von Stalins einzigem jüdischen langjährigen Weggefährten Kaganowitsch im Jahre 1957 im Politbüro vertreten gewesen. Um 1980 herum nahm ich an einer Versammlung von Mitgliedern der KPUSA teil, die mit der Herausgabe oder Verbreitung marxistischer Literatur zu tun hatten. Einer der Teilnehmer arbeitete bei «Imported Publications», dem wichtigsten Herausgeber sowjetischer Bücher in den Vereinigten Staaten. Nachdem er laut ein Beispiel aus einem sowjetischen Buch darüber vorgelesen hatte, wie die Zionisten die Finanzinstitutionen der USA kontrollieren, verlangte der Vorsitzende der KPUSA, Gus Hall, dass «Imported Publications» damit aufhören solle, sowjetische Bücher mit antisemitischem Inhalt zu publizieren.

Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie

Keeran und Kenny schreiben, dass Chruschtschow dafür war, das Konzept der Diktatur des Proletariats auszuweiten, um andere Sektoren der Bevölkerung den Arbeitern gleichzustellen (32). Obwohl die Verfassung von 1970 den Sowjetstaat als «Staat des ganzen Volkes» charakterisierte, hatte er doch in Wirklichkeit nie diesen Charakter. Der Staat blieb in dem Sinne eine Diktatur des Proletariats, als in den vorherrschenden Eigentumsbeziehungen die Interessen des Proletariats Priorität hatten. Das Problem in der Sowjetunion und den europäischen sozialistischen

Staaten bestand darin, dass es einen Widerspruch zwischen der Klassennatur des Staates als Diktatur des Proletariats und der Staatsform gab – es handelte sich um einen von der Kommunistischen Partei im Namen der Arbeiterklasse, aber ohne ihre tatsächliche Beteiligung verwalteten Staat. Die wichtigste Dynamik dieser Situation bestand in der Ersetzung eines demokratisch gewählten Zentralkomitees als höchstes Organ der Partei durch ein sich selbst verewigendes Politbüro, das Stalin letzten Endes mit eiserner Faust regierte. Nach dem 20. Parteitag änderte sich der Charakter des Politbüros in der Sowjetunion und den anderen europäischen sozialistischen Staaten nicht – es waren sich selbst verewigende Körperschaften, die sich ihre Zentralkomitees aussuchten und ihnen außer unter einigen wenigen speziellen Umständen nicht rechenschaftspflichtig waren. Durch ihre große Mitgliederzahl – ein Viertel bis ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung – sollten die Kommunistischen Parteien in der Theorie am Puls der Arbeiterklasse sein und gleichzeitig als ihre Vorhut agieren. In der Praxis wurde den Kommunisten an der Basis diese Rolle verwehrt.

Die konkurrierenden Parteien in einer bürgerlichen parlamentarischen Demokratie sind Ausdruck der verschiedenen Klasseninteressen und dienen dazu, einen *modus vivendi* zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der herrschenden Klasse ohne grundlegende Interessengegensätze herzustellen. In den sozialistischen Ländern sollten die Massenorganisationen die wichtigsten Träger des demokratischen Ausdrucks der Interessen der verschiedenen sich überlappenden Segmente der Bevölkerung sein: Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Zusammenschlüsse der Kulturschaffenden, Jugendorganisationen, Sportorganisationen usw. – sie waren zusammen mit der Kommunistischen Partei in den gesetzgebenden Körperschaften direkt repräsentiert. Aber diese Organisationen durften ihren wichtigsten Aufgaben nicht nachkommen.

Die Mitglieder der Gewerkschaften hatten kein Mitspracherecht in Fragen gewerkschaftlicher Verträge oder grundlegender Arbeitsbedingungen und die Gewerkschaften wurden auf den Status sozialer Dienstleistungsorganisationen reduziert. In den 15 Jahren, die ich zwischen 1951 und 1987 in Polen und der DDR verbracht habe, war ich Mitglied von drei verschiedenen Gewerkschaften und arbeitete sogar als gewerkschaftlicher Vertrauensmann in der polnischen Stahlarbeitergewerkschaft, wo meine wichtigste Funktion die Zuteilung wunderbarer, stark subventionierter Ferienreisen war, aber ich erlebte in keiner dieser Gewerkschaften, dass den Mitgliedern jemals ein gewerkschaftlicher Vertrag zur Diskussion oder zur Abstimmung vorgelegt worden wäre.

Die Frauenorganisationen wurden zu Friedensorganisationen umfunktioniert, und es wurde ihnen jegliche elementare Information über die Löhne der Frauen im Verhältnis zu denen der Männer vorenthalten. Diese Informationen wurde aus allen statistischen Jahrbüchern außer aus denen Ungarns gestrichen. 1978 wurde mir in der DDR explizit diese Information verweigert, als ich sie nachfragte, um über ge-

meinsame Merkmale der verschiedenen sozialistischen Länder zu schreiben. Das für die Verbindungen der Partei zur landesweiten Frauenorganisation zuständige Mitglied des Zentralkomitees sagte mir, sie könne mir diese Information nicht geben, weil das von der westdeutschen Propaganda gegen die DDR ausgenutzt werden könnte. Sogar in Kuba sagte mir die stellvertretende Vorsitzende der kubanischen Frauenorganisation im Jahre 1989, dass die Organisation gerade erst diese Information zum ersten Mal bekommen hätte. Meiner Schätzung nach betrug der durchschnittliche Frauenlohn in allen sozialistischen Ländern, die ich besucht habe, etwa 80 Prozent des Lohnes der Männer. Das ist mehr als in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, Großbritannien oder Japan. Aber diese Daten wurden aus internen, nicht aus externen politischen Gründen zurück gehalten – nicht wegen ihrer möglichen Ausnutzung durch westliche Propaganda, sondern um zu verhindern, dass die Frauenorganisationen sich dieses Themas annehmen könnten; es sollte ausschließlich von oben nach unten behandelt werden. In Wirklichkeit war die Tatsache, dass das Verhältnis zwischen den Einkommen der Frauen und denen der Männer besser als in den kapitalistischen Ländern war, ja eine positive Errungenschaft des Sozialismus.

Keeran und Kenny haben Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass der Mangel an sozialistischer Demokratie nicht die Ursache des Zusammenbruchs war. Aber nicht aus den Gründen, die sie anführen, sondern weil sie fälschlich behaupten, die Massenorganisationen hätten im Allgemeinen ihre Rolle richtig ausgefüllt (215-222). Denn das Versagen der Massenorganisationen in dieser Hinsicht schränkte die Bereitschaft der Bevölkerung ein, sich auf ihre Organisationen bei der Vertretung ihrer Interessen zu verlassen und führte in Zeiten politischer Krise zu einer Situation der Entfremdung. Die Verletzung des Demokratischen Zentralismus in der Partei hielt die Mitglieder davon ab, die Veränderungen in der Führung zu erwirken, die notwendig gewesen wären, um die Wirtschaft wieder auf den richtigen Weg zu führen.

Schlussfolgerung

Der italienische marxistische Philosoph Domenico Losurdo hat eine Reihe guter Argumente dafür vorgetragen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht auf einen Verrat des einen oder anderen Führers zurückgeführt werden kann (2003). Er sieht den gescheiterten Versuch des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion als eine Erfahrung, aus der man lernen kann.

Es scheint ziemlich offensichtlich zu sein, dass die Abkehr von der NÖP voreilig war. In der Mitte der 20er Jahre (genau vor dem ersten Fünfjahrplan), als es einen Zustrom ausländischer kapitalistischer Investitionen gab, war das Tempo der Industrialisierung vergleichbar mit dem während des ersten und des zweiten Fünfjahr-

planes erreichten Tempo, als die ausländischen Investitionen eliminiert wurden (*Conquest 1991, S. 161*). Wie wir heute in China und Vietnam sehen, hätte diese Strategie wirtschaftlicher Entwicklung in der Sowjetunion und in Osteuropa erfolgreich sein können. Wir haben gesehen, dass die Kollektivierung der Landwirtschaft eine Katastrophe war, von der sich die Sowjetunion niemals erholt hat, noch nicht einmal, als ein erheblicher Grad an Mechanisierung verfügbar wurde. Die chinesischen und vietnamesischen Erfahrungen mit bäuerlichen Familienbetrieben zeigen, dass dies auch ein sinnvoller Weg hätte sein können.

Die Tatsache, dass alle europäischen sozialistischen Länder zusammenbrachen, eines nach dem anderen, weist darauf hin, dass das Problem nicht nur in Gorbatschow oder Chruschtschow bestand.

Das Ziel, eine kommunistische Gesellschaft aufzubauen, wird nur durch die Ablösung der Produktion für privaten Profit durch eine Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse erreicht werden, durch die Schaffung einer produktiven Basis, die ausreicht, eine Verteilung gemäß der Bedürfnisse zu gewährleisten. Bis das erreicht ist, wird es weiter Warenproduktion geben. Im sowjetischen Modell basierte die Produktion, aber nicht die Verteilung verfrüht auf der Bedürfnisbefriedigung, und die Warenform wurde nur für die Verteilung des Teils der Produktion genutzt, die für den direkten Verbrauch durch das Volk vorgesehen war. Eine Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung wird durch Warenproduktion für den Profit im vergesellschafteten Sektor ebenso wie im privaten Sektor charakterisiert, nicht nur bei den vom Volk verbrauchten Produkten, sondern auch bei anderen Unternehmen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass heutige sozialistische Länder über keine so hoch entwickelte Wirtschaft verfügen, dass sie sich vom durch den Kapitalismus und die seine Regeln bestimmenden internationalen Agenturen dominierten Weltmarkt abnabeln könnten, müssen sie auf gemischte Wirtschaftsformen zurückgreifen. Die Beherrschung des marxistischen Prinzips der Diktatur des Proletariats als unabdingbarer Klassenstruktur des Staates und der proletarischen Demokratie wird es dem Staat ermöglichen, die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung hin zu einer wachsenden Dominanz des vergesellschafteten Sektors zu führen. Es ist verfrüht, darüber zu spekulieren, an welchem Punkt die Einschränkung oder Aufsaugung des kapitalistischen Sektors einsetzen wird.

Trotz seines Scheiterns zeigte der erste Versuch sozialistischen Aufbaus in der UdSSR und in Osteuropa das Potential des Sozialismus, das soziale Wohlergehen des Volkes zu fördern. Die Errungenschaften der sozialistischen Länder in Hinsicht auf kostenlose Bildung, kostenloses Gesundheitswesen, Kinderbetreuung, Zugang zu Kultur, Erholung und angemessener Renten sind bisher unerreicht. Die Erhöhung der sozialen Rolle der Frauen in der Gesellschaft dient Frauenrechtsaktivisten in den kapitalistischen Ländern immer noch als Vorbild. Die Befreiung der Frauen aus ihrem extrem unterjochten Status in den zentralasiatischen Republiken der UdSSR gegen fanatischen Widerstand seitens moslemischer Fundamentalisten

war eine herausragende Errungenschaft. Der Politik der Vollbeschäftigung kann in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern nichts Gleichwertiges entgegengesetzt werden, obwohl dort ökonomisch gesehen eine solche Politik ziemlich leicht durchführbar wäre.

Diese Errungenschaften wurden nicht durch eine von Marktkräften unabhängige zentrale Planwirtschaft möglich, die sie, wie sich zeigte, nicht tragen konnte. Progressive in den kapitalistischen Ländern kämpfen darum, dieselben Fortschritte im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft zu erreichen. Den Kapitalisten hilft es, diesen Forderungen zu widerstehen, dass sie den Staat kontrollieren. Die Verbesserungen beim sozialen Wohlergehen in der UdSSR und den europäischen sozialistischen Ländern wurden aufgrund der Klassennatur des sozialistischen Staates möglich. Und bei genügender Entwicklung der Wirtschaft sind sie unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung erreichbar.

Die vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist natürlich das Ziel aller revolutionärer Marxisten. Da sie auf keine Erfahrungen zurückgreifen konnten, ist es nicht überraschend, dass die Bolschewiki diesen Traum möglichst schnell verwirklichen wollten. Hier passen Worte Fidel Castros aus dem Jahre 1976. Als er Probleme diskutierte, die durch die Nivellierung der Löhne in Kuba entstanden waren, sagte er:

«Revolutionen haben normalerweise ihre utopischen Perioden, in denen ihre Protagonisten, dem noblen Ziel verpflichtet, ihre Träume und Ideale zu verwirklichen, glauben, dass die historischen Ziele viel näher liegen, und dass der Wille des Menschen, seine Wünsche und Absichten turmhoch über den objektiven Tatsachen stehen und dass er alles erreichen könne. Nicht dass Revolutionäre weder Träume noch unbeugsamen Willen haben sollten. Ohne etwas Traum und Utopie hätte es nie Revolutionäre gegeben. ... Aber der Revolutionär muss auch Realist sein, im Einklang mit historischen und sozialen Gesetzen handeln und bei der Leitung revolutionärer Prozesse von der unversiegbaren Quelle der politischen Wissenschaft und der universalen Erfahrung Gebrauch machen.» (1976)

Vietnam hat schon gezeigt, dass es sich mit seiner Marktwirtschaft sozialistischer Orientierung wirtschaftlich viel schneller entwickelt hat als mit seiner früheren Planwirtschaft (Marquit 2002). Chinas wirtschaftliche Entwicklung ist trotz vieler Probleme phänomenal, wie wir täglich in der Presse lesen können. Die kommenden Jahre werden der Test für die Nachhaltigkeit dieses Weges sozialistischer Entwicklung sein.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alliluyewa, Svetlana. 1969. *Only One Year*. New York, Harper and Row.
- Andrejewa, Nina. 1989. I Cannot Waive My Principles. Brief an die ‚Sowjetskaja Rossja‘, 13. März 1988. In: Gorbachev and Glasnost: Viewpoints from the Soviet Press, herausgegeben von Isaac J. Tarasuto, S. 277-290. Wilmington, DE, Scholarly Ressources.
- Andrejewa, Nina. 1992. The Cause of Socialism is Invincible. Vorlesung an der Kim-II-Sung-Universität in Pjöngjang am 6. Oktober. <http://www.mltranslations.org/Russia/andreeva.htm>.
- Cameron, Kenneth Neil. 1987. *Stalin: Man of Contradiction*. Toronto, NC Press.
- Castro, Fidel. 1976. *First Congress of the Communist Party of Cuba*. Moskau, Progress Publishers.
- Columbia Encyclopedia, 2001. S. v. Olson, Floyd Bjornstjerne. 6. Auflage. <http://www.bartleby.com/65/ol/Olson-FI.html>.
- Conquest, Robert. 1990. *The Great Terror: A Reassessment*. New York, Oxford University Press.
- Conquest, Robert. 1991. *Stalin: Breaker of Nations*. New York, Viking.
- Davies, R. H. u. a. (Herausgeber). 2003. *Lazar Kaganovich: The Career of a Stalinist Commissar*. In: *The Stalin-Kaganovich Correspondence 1931-36*, zusammengestellt und herausgegeben von R. H. Davies u. a., S. 21-36. New Haven, Yale University Press.
- Erickson, Gerald M., und Erwin Marquit. 2002. *Korean-U.S. Scholars Interdisciplinary Colloquium (Pyongyang) and Chinese-U.S. Scholars Meeting (Beijing and Shanghai): Conference report*. *Nature, Society and Thought* 3 (3), S. 353-361.
- Erickson, John. 1984. *The Soviet High command: A Military-Political History, 1918-1941*. Boulder, Co, Westview Press.
- Judick, Günter. 1999. *Redbook: Stalin and the Jews: The Tragic History of the Jewish Antifascist Committee and the Soviet Jews*, von Arno Lustiger, Buchrezension. *Nature, Society and Thought* 12 (2), S. 233-241.
- KCNA (Korean Central News Agency) (der Demokratischen Volksrepublik Korea). 2000. <http://www.kcna.co.jp/item/2000/200012/news12/14.htm>.
- Khrushchev, Nikita S. 1962. *Crimes of the Stalin Era: Special Report to the 20th Congress of the Communist Party of the Soviet Union*. New York, New Leader. <http://www.trussel.com/hf/T96>.
- Khrushchev, Nikita S. *Khrushchev Remembers*. Toronto, Little, Brown.
- Lenin, Vladimir I. 1965. *Tenth Congress of the R.C.P. (B)*. In Band 32 von V.I. Lenin, *Collected Works*, S. 165-260. Moskau, Progress Publishers.
- Losurdo, Domenico. 2003. *History of the Communist Movement: Failure, Betrayal, Learning Process?* In: *Nature, Society and thought* 16 (1), S. 33-57.
- History of the Communist Party of the Soviet Union*. 1939. New York, International Publishers.
- McNeal, Robert H. 1988. *Stalin: Man and Ruler*. New York, New York University Press.
- Marquit, Erwin. 2002. *The NST Study Tour in Vietnam*. In: *Nature, Society and thought* 15 (2), S. 187-208.
- Microsoft Encarta Encyclopedia. 2001. S. v. «Virgin Lands», CD.
- Pincus, Benjamin. 1988. *The Jews of the Soviet Union: The History of a National Minority*. New York, Cambridge University Press.
- Popow, N. 1934. *Outline History of the Communist Party of the Soviet Union*. Part II. Moskau, Cooperative Publishing Society of Foreign Workers in the USSR.

Aus: © *Nature, Society an Thought, Vol. 16, No. 4/2003*

Übersetzung: Jürgen Köster

Marxistische Blätter – Flugschriften

Die Reihe bringt in loser Folge Arbeiten marxistischer Wissenschaftler zu politisch-theoretisch bedeutsamen Fragen. Pro Jahr vier bis sechs Hefte. Im Abo – auch rückwirkend möglich – EUR 10,50 für je vier Hefte (einschließlich Porto). Bisher sind u. a. erschienen und lieferbar.



Domenico Losurdo: Die Linke, China und der Imperialismus

Flugschrift 02 • 32 Seiten • EUR 2,50 (plus Porto)

Thomas Metscher: Moderne Weltliteratur und die Stimme Schwarzafrikas

Flugschrift 04 • 42 Seiten • EUR 2,50 (plus Porto)



Domenico Losurdo: Was ist Fundamentalismus?

Flugschrift 07 • 52 Seiten • EUR 3,- (plus Porto)

Martin Robbe: Die Palästinenser. Zur Geschichte eines Konflikts

Flugschrift 08 • 76 Seiten • EUR 4,- (plus Porto)



Werner Seppmann: Die Aktualität der Kapitalismuskritik

Flugschrift 09 • 68 Seiten • EUR 4,- (plus Porto)

Wolfgang Abendroth: Der theoretische Weltkommunismus

Flugschrift 12 • 44 Seiten • EUR 2,50 (plus Porto)



Rolf Berthold: China 2003

Flugschrift 13 • 74 Seiten • EUR 4,- (plus Porto)

Ludwig Elm: Konservatismus und rechter Extremismus

Flugschrift 15 • 50 Seiten • EUR 3,- (plus Porto)



Willi Gerns: Der Sozialismus

Flugschrift 16 • 54 Seiten • EUR 3,- (plus Porto)

Werner Seppmann: Ausgrenzung und Ausbeutung

Flugschrift 17 • 60 Seiten • EUR 4,- (plus Porto)

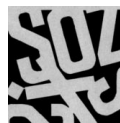


Gottfried Stiehler: Humanität

Flugschrift 18 • 44 Seiten • EUR 3,- (plus Porto)

Aijaz Ahmad: Der Imperialismus unserer Zeit

Flugschrift 19 • 44 Seiten • EUR 4,- (plus Porto)



www.marxistische-blaetter.de

*Zwei Autoren und ein Thema – die differenzierte Betrachtung unserer
Geschichte, der Geschichte der kommunistischen Bewegung.*

*Domenico Losurdo findet Kategorien wie «Scheitern» und «Verrat»
wenig hilfreich für einen wirklichen Lernprozess, zu dem aus seiner Sicht
die «Ent-Messianisierung des kommunistischen Projekts» genauso gehört
wie die «Ent-Dämonisierung» Stalins (und Chruschtschows) und die
«Ent-Kanonisierung» von Marx und Engels und der «Klassiker».*

*Erwin Marquit setzt sich in seinem Rezensionsessay kritisch mit den
Thesen von Keeran und Kenny in ihrem Buch «Der verratene
Sozialismus» («Socialism Betrayed») auseinander, die die Geschichte
der KPdSU auf die «Geschichte eines Kampfes zwischen Links und
Rechts» reduzieren.*

*Er beleuchtet den dahinter steckenden prinzipiellen Konflikt zwischen
sozialistischer Planwirtschaft oder Öffnung der Wirtschaft für
Marktkräfte.*